

DIE BOMBE FÜR DEUTSCHLAND?

**Eine strategische Analyse zur nuklearen Eigenständigkeit
Deutschlands und Europas**



greenpeace.de

GREENPEACE

Die Bombe für Deutschland?

Eine strategische Analyse zur nuklearen Eigenständigkeit Deutschlands und Europas

Autor

Ryan Swan

Fellow, Bonn International Centre for Conflict Studies

Medienansprechpartner:

Alexander Lurz

Greenpeace-Experte für Frieden und Abrüstung

T +49 175.34 54 113

M alurz@greenpeace.org

Eine Studie im Auftrag von Greenpeace e.V.

Hamburg, März 2026

Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Rund 620.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.

Impressum

Greenpeace e.V. Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, T 040 30618-0 **Pressestelle** T 040 30618-340, F 040 30618-340, presse@greenpeace.de, [greenpeace.de](https://www.greenpeace.de) **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, T 030 308899-0 **V.i.S.d.P.** Alexander Lurz **Autor** Ryan Swan **Gestaltung** Henning Thomas **Titel** [M]: Wikimedia **Stand** 03/2026

Inhalt

Vorwort	04
Zusammenfassung	05
1. Einleitung	06
2. Nukleare Optionen für Europa & Deutschland	08
2.1 Ausgangssituation	08
2.2 Nukleare Optionen	09
3. Bewertung der Optionen	11
3.1 Option 1: Französisch-Britischer Schutzschirm	11
3.2 Option 2: Eine europäische nukleare Abschreckung	16
3.3 Option 3: Eine deutsche Atomstreitmacht	20
4. Fazit und Empfehlungen	24
Literaturverzeichnis / Endnoten	26

Vorwort

Die Ablehnung von Atomwaffen war in Deutschland über Jahrzehnte hinweg politischer und gesellschaftlicher Konsens. Auch für Greenpeace ist sie seit Gründung des Vereins leitend. Aus gutem Grund: Atomwaffen sind die verheerendsten Massenvernichtungswaffen, die die Menschheit je hervorgebracht hat. Ihre zerstörerische Wirkung, die unterschiedslos militärische wie zivile Ziele trifft, ist seit den ersten und einzigen Einsätzen in Hiroshima und Nagasaki unbestreitbar. Ihr Einsatz verstößt gegen fundamentale Prinzipien des humanitären Völkerrechts.

Russlands brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine und Trumps rechts- und prinzipienloser Erpressungspolitik gegenüber Verbündeten scheinen diese Gewissheiten nun teilweise zu erschüttern. Auch in Deutschland mehrten sich Stimmen, die eine eigenständige europäische oder gar deutsche Nuklearbewaffnung ins Spiel bringen. Der lange stabile Konsens gegen Atomwaffen beginnt zu bröckeln.

Das Argument, Atomwaffen dienten „nur“ der Abschreckung und gerade nicht dem Einsatz, verkennet, dass Abschreckung stets auch Einsatzbereitschaft bedeutet. Abschreckung funktioniert nur, wenn die Drohung glaubhaft ist und glaubhaft ist sie nur, wenn politische Entscheidungsträger:innen bereit sind, sie umzusetzen.

Greenpeace tritt dafür ein, dass Besitz und Einsatz von Atomwaffen kein legitimes Mittel verantwortbarer Politik sein dürfen. Das gilt unabhängig davon, wer sie kontrolliert oder mit welchen Doktrinen sie begründet werden: Massenmord kann und darf niemals eine Option sein. Gerade weil diese Überzeugung heute wieder infrage gestellt wird, halten wir es für notwendig, die Debatte mit größtmöglicher analytischer Klarheit zu führen.

Wir haben vor diesem Hintergrund eine Studie bei Ryan Swan vom Bonn International Centre for Conflict Studies in Auftrag gegeben. Erstmals werden darin systematisch die sicherheitspolitischen, rechtlichen, technischen, operativen und logistischen sowie finanziellen und den damit verbundenen gesellschaftlichen Folgen analysiert, die eine deutsche oder europäische Atom Bombe nach sich ziehen würde. Eine derart umfassende

und kritische Durchleuchtung der Bedingungen wie der Folgen hat in der Debatte um eine deutsche oder erweiterte europäische Nuklearbewaffnung bislang gefehlt.

Die Ergebnisse sind ernüchternd und wegweisend zugleich. Sie zeigen auf, dass nukleare Ambitionen die Sicherheit Europas nicht erhöhen, sondern ein gefährliches Paradoxon schaffen: Den enormen Kosten und rechtlichen Brüchen steht kein realer strategischer Mehrwert gegenüber. Im Gegenteil: Eine deutsche oder europäische Atomwaffe droht genau jene Eskalation zu provozieren, die es zu verhindern gedenkt.

Greenpeace dankt Herrn Swan für seine wertvolle Arbeit, die, so ist zu hoffen, der Debatte Klarheit bringt und manche neuen Atomwaffen-Befürworter:innen erneut zum Nachdenken anregt.

Dr. Alexander Lurz
Experte für Frieden und Abrüstung

Zusammenfassung

Die Wahrnehmung eines sich verschlechternden Sicherheitsumfelds und einer Fragmentierung der Beziehungen zu den USA hat in Europa zu einer Debatte um eine größere Autonomie, auch im heiklen Bereich der nuklearen Abschreckung, geführt. Diese Studie untersucht drei verschiedene Möglichkeiten für die Entwicklung einer eigenständigen europäischen Nuklearabschreckungsfähigkeit: die Errichtung eines französisch-britischen Nuklearschutzschilds (Option 1); den Aufbau einer echten europäischen nuklearen Abschreckung – entweder durch Europäisierung der bestehenden französischen und britischen Arsenale oder durch die Schaffung einer neuen europäischen Nuklearstreitmacht (Option 2); oder die Entwicklung eines deutschen Nuklearwaffenprogramms (Option 3). Jede einzelne Option wird anhand von vier Schlüsselfaktoren bewertet: strategischer Mehrwert, Rechtmäßigkeit, Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit.

Die Studie gelangt zu den folgenden Ergebnissen und Empfehlungen:

1. Nuklearisierung unnötig und möglicherweise kontraproduktiv:

Angesichts der Abwägung relevanter Schlüsselfaktoren (strategische, rechtliche, praktische und finanzielle) ist das europäische Streben nach einer unabhängigen nuklearen Abschreckung derzeit nicht notwendig und könnte sich sogar als kontraproduktiv erweisen. Die Anschaffung von Atomwaffen würde europäische Haushalte belasten, ohne Europas unmittelbarste Sicherheitsbedrohungen (Einmischungen in die Grauzone und Aggressionen an der Ostflanke) zu beseitigen. Sie könnte zudem eine weitere Eskalation auslösen und sogar Präventivschläge provozieren, gerade in einer Zeit, in der die Sicherheitsgarantien der USA brüchig erscheinen.

2. Stärkung konventioneller Abschreckung und Widerstandsfähigkeit in der Grauzone:

Europa sollte sich auf geeignete Maßnahmen konzentrieren, um seine konventionelle Abschreckungsfähigkeit zu gewährleisten und seine Widerstandsfähigkeit gegenüber potenziellen irregulären Aggressionen in der Grauzone zu stärken.

3. Deeskalation und gemeinsame Sicherheit:

Eine robuste und nachhaltige Sicherheit in Europa wird am besten durch stabile Beziehungen zwischen allen Akteuren auf dem Kontinent gewährleistet. Neben Schritten, um eine konventionelle Abschreckungsfähigkeit

sicherzustellen, sollte Europa auch Diplomatie und vertrauensbildende Maßnahmen nutzen, um Spannungen abzubauen und so den Weg für Rüstungskontrolle und letztendlich ein kooperativeres Sicherheitsumfeld in der Zukunft zu ebnen.

4. Mehr Autonomie und Wiederherstellung normativer Führung:

Im Streben nach größerer Autonomie sollte Europa auch seine Rolle als Verfechter des Völkerrechts und internationaler Normen wieder stärken. Dies bedeutet, fragwürdige nukleare Ambitionen und fieberhaftes Wettrüsten in Schach zu halten und gleichzeitig normativen Werten wieder eine zentrale Rolle bei der Politikgestaltung einzuräumen.

1. Einleitung

Eine Reihe von Entwicklungen hat führende europäische Politiker zu der Einschätzung veranlasst, dass sich die Sicherheitslage in Europa deutlich verschlechtert hat. Zum einen haben die Spannungen mit Russland seit der Annexion der Krim im Jahr 2014 und der Vollinvasion im Jahr 2022 stetig zugenommen. Die mutmaßlichen russischen Verletzungen des Luftraums von Mitgliedstaaten der Nordatlantik-Vertragsorganisation (NATO) Ende 2025 haben die Befürchtungen weiter verstärkt, und hochrangige europäische Beamte stufen nun die russische Bedrohung als „extrem“ ein (Jack und Kayali 2025).

Gleichzeitig haben die transatlantischen Beziehungen einen Tiefpunkt erreicht. Die Trump-Administration hat europäische Regierungschefs scharf kritisiert und signalisiert, den bereits im Jahr 2011 von der Obama-Administration eingeleiteten „Pivot to Asia“ weg von Europa intensiver umsetzen zu wollen. Diese Verschlechterung der bilateralen Beziehungen hat die langfristige Verlässlichkeit der US-Sicherheitsgarantien infrage gestellt (Anghel und Spatafora 2026).

Während sie versuchen, das Engagement der USA aufrechtzuerhalten, sondieren europäische Regierungen (allen voran Frankreich, Großbritannien und Deutschland; die sogenannte „E3“) die Möglichkeiten einer größeren strategischen Autonomie der Europäischen Union (EU). Im Zentrum dieses Vorhabens steht die sensible Frage einer autonomen nuklearen Abschreckung. Hierzu haben einige Möglichkeiten den Weg in den öffentlichen Diskurs gefunden:

- **Option 1:** Die erste und realistischste Option wäre, dass Frankreich und Großbritannien ihre bestehenden Atomwaffenarsenale nutzen, um einen von der USA unabhängigen nuklearen Schutzschirm über Europa zu errichten.
- **Option 2:** Die zweite, ambitioniertere Option ist die sogenannte „Euro-Bombe“. Dies sieht eine europäische Nuklearstreitmacht vor, die entweder die Europäisierung der französischen und britischen Atomwaffenarsenale oder die Entwicklung eines neuen Nuklearprogramms unter Beteiligung williger und fähiger europäischer Staaten beinhalten würde.

- **Option 3:** Eine dritte Option wäre die Entwicklung eines eigenständigen deutschen Atomprogramms.

Obwohl diese Optionen in letzter Zeit mehr Aufmerksamkeit erregt haben, sind sie noch keiner systematischen öffentlichen Analyse unterzogen worden. Diese Studie soll dazu beitragen, diese Lücke zu schließen. Sie bewertet jede der oben vorgestellten Optionen anhand von vier grundlegenden Schlüsselfaktoren, die in der untenstehenden Grafik aufgelistet sind:



Es wird davon ausgegangen, dass nur diejenigen Optionen als vorteilhaft verstanden werden sollten, die diese grundlegenden Voraussetzungen erfüllen. An erster Stelle steht der strategische Wert (STRAT). Es ist eine gängige Annahme in der Forschung zu internationalen Beziehungen, dass äußere Sicherheit von grundlegender Bedeutung ist und Staaten ihr tendenziell den Vorrang vor allem anderen einräumen (Waltz 1979; Mearsheimer 2001). Der grundlegendste Faktor ist daher, ob eine bestimmte Option einen klaren strategischen Vorteil bietet. Bei der Beurteilung dieses Faktors berücksichtigt die Studie konkret die Wirksamkeit einer bestimmten Maßnahme im Hinblick darauf, 1) inwieweit sie die Sicherheit oder

die strategische Position über den Status quo hinaus (also ohne die Maßnahme) verbessert, und 2) inwieweit die mit der Maßnahme verbundenen Kosten und Risiken den potenziellen Vorteil aufwiegen. Diese Bewertung stützt sich auf vorherrschende Gegeben-

heiten sowie potenzielle externe (z. B. mögliche Reaktionen anderer) und interne (intereuropäische und nationale Auswirkungen) Folgen. Dementsprechend gelangt sie anhand der untenstehenden Einstufungsmuster zu einer Feststellung

JA	· Klare Verbesserung des Status Quos · Kosten/Risiken überschaubar; heben Vorteil der Maßnahme nicht auf
UNBEDINGT	· Uneindeutige Verbesserung des Status Quos · Kosten/Risiken beträchtlich; heben evtl. Vorteil der Maßnahme auf
NEIN	· Keine klare Verbesserung · Kosten/Risiken unüberschaubar; Sicherheit/strategische Position verschlechtert mit Maßnahme

Es sei vorab darauf hingewiesen, dass die Feststellung eines eindeutigen strategischen Nutzens Voraussetzung für die ernsthafte Prüfung jeder potenziellen Option sein sollte. Andernfalls ist das Verfolgen jeglicher Maßnahmen zur Änderung der aktuellen Nuklearpolitik (ein unweigerlich kostenintensives und komplexes Unterfangen) absurd. Sollte daher eine Option als weniger als „JA“ eingestuft werden, ist die Bewertung der übrigen Faktoren weitgehend sinnlos. Der Vollständigkeit halber enthält diese Studie dennoch eine vollständige Bewertung jeder

Option unabhängig der STRAT-Einstufung. Die übrigen Faktoren befassen sich mit der Anwendbarkeit einer bestimmten Maßnahme: ist sie nach internationalem und nationalem Recht rechtmäßig (RECHT); ist sie angesichts der erforderlichen technischen, praktischen und operativen Hürden umsetzbar (PRAKT); ist sie im Hinblick auf Budgetbeschränkungen und Opportunitätskosten überhaupt finanzierbar (FINANZ)? Die Bewertung erfolgt anhand des untenstehenden Einstufungsmusters:

WAHRSCHEINLICH	Maßnahme plausibel ohne übermäßige Gegenfaktoren · Keine schwerwiegenden rechtlichen Einwände · Keine unüberschaubaren praktischen Hürden · Keine schwerwiegenden Budgetkürzungen oder Opportunitätskosten
FRAGLICH	Maßnahme theoretisch möglich, aber mit hohen Kosten und widrigen Folgen · Schwere rechtliche Bedenken · Beträchtliche praktische Hürden · Erhebliche Kosten, die an anderer Stelle Kürzungen erfordern
UNWAHRSCHEINLICH	Maßnahme unmöglich ohne drastische Kosten und Folgen · Eindeutig illegal · Unüberschaubare praktische Hürden · Massive Kosten, die ernsthaften Schaden verursachen würden

Der Hauptteil der Studie ist folgendermaßen gegliedert: Kapitel 2 bietet einen Überblick über die aktuelle strategische Lage in Europa und stellt die drei berücksichtigten Optionen detaillierter vor.

Kapitel 3 enthält die umfassende Bewertung jeder Option anhand der Schlüsselfaktoren. Kapitel 4 präsentiert die zentralen Ergebnisse und Empfehlungen.

2. Nukleare Optionen für Europa und Deutschland

2.1 Ausgangssituation

Die gegenwärtigen europäischen Erwägungen zu einer eigenständigen nuklearen Abschreckung sind nicht gänzlich neu. Die Ursprünge der Debatte reichen bis in die frühen 1950er-Jahre zurück, als Italien, Frankreich und Westdeutschland die gemeinsame Forschung und Entwicklung fortschrittlicher Waffensysteme, einschließlich einer potenziellen Nuklearstreitmacht, erwogen (Nuti 1998).¹ Auch die Idee einer „Multilateral Force“, einer gemeinsamen Nuklearflotte durch die NATO, wurde zusammen mit Washington diskutiert (Kusnetsov 2016). Letztlich wurden jedoch die nuklearen Sicherheitsgarantien der USA angenommen und das Konzept der „nuklearen Teilhabe“, an dem Deutschland beteiligt ist, umgesetzt.

Diese Sicherheitszusagen blieben das Rückgrat der europäischen Sicherheit durch die Wirren des Kalten Krieges, und bis in das neue Millennium setzte Europa Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Sicherheitsgarantien. Im Laufe des letzten Jahrzehnts hat jedoch der Zusammenfluss dreier miteinander verbundener Entwicklungen Europa bis ins Mark erschüttert und zu immer offeneren Überlegungen über mögliche Alternativen geführt.

Die erste entscheidende Entwicklung ist die europäische Wahrnehmung einer Verschlechterung ihres Sicherheitsumfelds infolge des aggressiven russischen Agierens im Osten. Die Ukraine-Krise von 2014 und die russische Annexion der Krim brachten die Bestrebungen hin zu einer strategischen Partnerschaft mit Russland zum Erliegen. Der European Council on Foreign Relations (also der Europäische Rat für Auswärtige Beziehungen) kommentierte 2016, dass „das nächste Jahrzehnt ein sehr gefährliches sein wird“ und dass zunehmende Spannungen mit Russland zu erwarten wären (Gressel 2016). Der russische Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 stellte einen „Wendepunkt für die europäische Sicherheit“

dar (Bond und Scazzieri 2022) und leitete das ein, was Bundeskanzler Olaf Scholz bekanntlich als eine „Zeitenwende“ bezeichnete (Bundesregierung 2022). Europäische Befürchtungen vor einem möglichen russischen Angriff auf NATO-Territorium wuchsen (Betschka et al. 2024). Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, ging sogar so weit, Europa als „im Kampf um seine Zukunft“ zu bezeichnen (Europäische Kommission 2025a).

Eine zweite Entwicklung ist der anhaltende geopolitische Aufstieg Chinas, der den amerikanischen Fokus nach dem 2011 von der Obama-Administration eingeführten „Pivot to Asia Policy“ zunehmend von Europa hin nach Ostasien lenkt. Die erste Trump-Administration konstatierte 2017 die „Rückkehr der Großmachtrivalität“ (The White House 2017, 27). Die Biden-Administration behielt den strategischen Fokus der Vorgängerregierungen angesichts Chinas „Absicht und zunehmender Fähigkeit, die globale Ordnung neu zu gestalten“, bei (The White House 2022, 3). Die jüngste nationale Sicherheitsstrategie der zweiten Trump-Administration vom Dezember 2025 unterstreicht erneut die US-Besorgnis über China und beinhaltet ausdrücklich eine abnehmende Fokussierung auf Europa (The White House 2025). Diese Ausrichtung der USA kommt für europäische Regierungschefs zu einem ungünstigen Zeitpunkt, da viele von ihnen die derzeitigen Sicherheitsrisiken für Europa als besonders akut und gravierend einschätzen.

Eine dritte Entwicklung ist die wachsende Spannung in den Beziehungen zu Washington. Kurz nach dem Amtsantritt verunglimpfte die Trump-Administration die transatlantischen Beziehungen offen als „unfair“ und belastend für die USA und stellte in Frage, ob sie europäische NATO-Mitglieder, die ihre Verteidigungsausgabenziele nicht erreichen, tatsächlich verteidigen würde (Bergmann 2025; Cameron 2025). Der „Signalgate-Skandal“, bei dem ein Gruppenchat hochrangiger US-Regierungsbeamter, darunter des Vizepräsidenten und des Verteidigungsministers,

geleakt wurde, enthüllte, dass die Regierung es „hasst“, Amerikas „erbärmliche europäische Verbündete zu retten“ (Cameron 2025). Die Sicherheitsstrategie 2025 übt scharfe Kritik an den herrschenden europäischen Eliten und nennt sogar die „Förderung des Widerstands gegen Europas gegenwärtigen Kurs innerhalb der europäischen Nationen“ als eine „broad policy“ der Administration (The White House 2025, 27). Zudem fordert sie Europa ausdrücklich auf, „auf eigenen Beinen zu stehen“ und „die Hauptverantwortung für seine eigene Verteidigung zu übernehmen“ (The White House 2025, 27).

Die veränderte Europapolitik der Trump-Administration überträgt Europa mehr Verantwortung für seine eigene Verteidigung und fordert eine rasche und umfassende Aufrüstung, während gleichzeitig Europas Einfluss auf die Sicherheitspolitik des Bündnisses in Schlüsselfragen wie der Ukraine eingeschränkt wird. Wie das estnische International Centre for Defence and Security zusammenfasste, scheint es eindeutig, dass Europas Sicherheit „künftig weniger von der amerikanischen Unterstützung und mehr von seiner eigenen Fähigkeit abhängen wird, abzuschrecken, zu investieren und die politischen Rahmenbedingungen für regionale Stabilität zu gestalten“ (Cattler 2025). Auch in Deutschland wurde parteiübergreifend ähnliche Besorgnis geäußert. Der CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen brachte die allgemeine Stimmung auf den Punkt mit der Bemerkung, dass die US-Regierung „zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg“ nicht mehr auf der Seite Europas zu stehen erscheine (Tagesschau 2025). In diesem Zusammenhang hat sich zunehmend das Misstrauen gegenüber der Verlässlichkeit der US-Sicherheitsgarantien breitgemacht.

Das Zusammenwirken dieser Entwicklungen bildet die Grundlage für aktuelle Diskussionen über die Zukunft der europäischen Sicherheit. Ein wiederkehrendes Thema in diesem wachsenden Diskurs ist die Notwendigkeit einer größeren strategischen Autonomie oder, wie der französische Präsident Emmanuel Macron es ausdrückte, der Verringerung der „Abhängigkeiten“ von anderen, um ein „erweitertes Europa“ zu stärken (Stacey und Ofori 2025). An dieser Stelle rückt die kontroverse Frage der eigenen nuklearen Abschreckungsfähigkeit in den Vordergrund.

2.2 Nukleare Optionen

Die Überlegungen zur Änderung der bestehenden Nuklearpolitik beschränken sich auf drei Kernoptionen, die untenstehend ausgeführt sind:

Option 1: Eine Anglo-Französische Abschreckung

Die erste Option, die die größte Aufmerksamkeit und ernsthafte Überlegung erfahren hat, ist, dass Frankreich und Großbritannien, die beiden bestehenden europäischen Atommächte, andere Teile Europas unter ihren nuklearen Schutz bringen. Im Wesentlichen würden sie also ihren nuklearen Schutzschirm ausdehnen. Im Februar 2020 sorgte Präsident Macron für Schlagzeilen, als er diese Idee einer neuen Sicherheitsvision für Europa ins Gespräch brachte. In seiner bemerkenswerten Rede bot er anderen europäischen Staats- und Regierungschefs einen Dialog über die mögliche Rolle der französischen Nuklearstreitkräfte in einem engmaschigen europäischen Rahmen für kollektive Sicherheit an und meinte, dass die französische Abschreckung „unsere Unabhängigkeit, unsere Entscheidungs- und Handlungsfreiheit gewährleisten“ könne (Elysee 2020).

Obwohl der Vorschlag anfänglich auf Skepsis stieß, haben die oben genannten Entwicklungen und insbesondere die Wiederwahl von Donald Trump das Interesse daran gesteigert. Bereits im Februar 2025, vor seiner Wahl zum Bundeskanzler, bekundete Friedrich Merz sein Interesse daran, die Möglichkeit zu prüfen. Im Mai bekräftigte er, die grundsätzliche Notwendigkeit, „dass wir mit Frankreich und auch mit Großbritannien über die Frage diskutieren, wie wir eine solche Antwort der Abschreckung geben können“ (Borutta 2025). Seitdem haben auch andere europäische Staaten, darunter auch Polen, Dänemark und die baltischen Staaten, ihre Bereitschaft signalisiert, erste Erkundungen durchzuführen (Kayali und Weizman 2025).

Im Juli 2025 gaben Großbritannien und Frankreich eine gemeinsame Erklärung zum Thema Nuklearwaffen ab, die sogenannte Northwood-Erklärung. Dies war die erste solche Erklärung seit der sogenannten Chequers Declaration im Jahr 1995. Darin stimmten beide Länder überein, dass keine Situation denkbar sei, in der die „vitalen Interessen“ des einen Landes bedroht werden könnten, ohne die vitalen Interessen des anderen zu beeinträchtigen (République

Française 1995). Die Northwood-Erklärung ging noch einen wichtigen Schritt weiter und stellte fest, dass es „keine extreme Bedrohung für Europa gibt, die keine Reaktion unserer beiden Nationen auslösen würde“ (Allard 2025). Die genaue Art der Reaktion wird zwar nicht genannt, aber an anderer Stelle im Dokument heißt es, dass „Atomwaffen dazu dienen, die extremsten Bedrohungen abzuschrecken“. In der Erklärung heißt es weiter, dass die Nuklearstreitkräfte beider Nationen zwar unabhängig bleiben, aber künftig näher "koordiniert" werden können (Institute for International and Strategic Studies 2025).

Unter Bundeskanzler Merz hat Deutschland den Wunsch signalisiert, sich an dieser „Koordinierung“ zu beteiligen, einschließlich einer möglichen neuen Vereinbarung zur nuklearen Teilhabe (Connolly 2025). Unionsfraktionschef Jens Spahn schlug außerdem die deutsche Mitfinanzierung der französischen und britischen Atomwaffenarsenale vor (Spiegel Politik 2025). Gemeinsam mit Frankreich und Großbritannien bildet Deutschland die sogenannte „E3“, eine informelle diplomatische Gruppe zur Koordinierung der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik außerhalb des EU-Rahmens, um mehr Flexibilität zu gewährleisten. Die Möglichkeit, den französischen und britischen Arsenalen eine „europäische Dimension“ zu verschaffen, ist ein wiederkehrendes Gesprächsthema unter der Gruppe gewesen (Kayali und Lundry 2025).

Nach einer Phase intensiver Spannung mit den USA um Grönland Anfang 2026 und dem durch Washington am 28. Februar begonnenen Angriffskrieg gegen den Iran verstärkte sich das wahrgenommene Bedürfnis nach mehr strategischer Souveränität. Am 2. März hielt Präsident Macron auf dem U-Boot-Stützpunkt Île-Longue eine wegweisende Rede, in der einen konkreten Rahmen für die Umsetzung der „europäischen Dimension“ des französischen Nukleararsenals vorstellte. Dieser Schritt, der nach eingehender Diskussion mit anderen europäischen Hauptstädten erfolgte, beinhaltet zwei wesentliche Änderungen: die erste quantitative Erweiterung des französischen Nukleararsenals seit 1992 und die stärkere Einbeziehung europäischer Verbündeter in die französische Nuklearstrategie durch eine Doktrin der „Vorwärtsabschreckung“ (Chevreuil 2026). Der Strategiewechsel signalisiert Bereitschaft zu einer wachsenden gemeinsamen

Anstrengung nach einer unabhängigeren europäischen Sicherheitsarchitektur.

Option 2: Eine „Euro-Bombe“ Der Begriff der „Euro-Bombe“ bezeichnet eine zweite, ehrgeizigere Möglichkeit der europäischen Nuklearisierung (also die Entwicklung einer unabhängigen europäischen Nuklearstreitmacht, nicht einfach nur eine Erweiterung des französischen und britischen Schutzschirms). Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Idee rein theoretischer Natur. Dennoch wird sie zunehmend angesprochen von Persönlichkeiten wie Manfred Weber, dem Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei im Europaparlament (Weiske 2024).

Die Befürworter eines europäischen Nukleararsenals betonen die Besorgnis, dass die französischen und britischen Arsenale möglicherweise nicht ausreichen, um einen russischen Angriff vollständig abzuschrecken. Im Laufe des Jahres 2025 haben mehrere europäische Politiker, Militärs und Geheimdienstmitarbeiter die Befürchtung geäußert, dass ein solcher Angriff unmittelbar bevorstehen könnte (Furlong und Lehalau 2025). NATO-Generalsekretär Mark Rutte fasste diese Ängste prägnant mit der Aussage vom Dezember 2025 zusammen: „Die dunklen Kräfte der Unterdrückung sind wieder auf dem Vormarsch [...] Wir sind Russlands nächstes Ziel.“ (NATO 2025).

Aufgrund dieser Einschätzung lautet das pro-nukleare Argument, dass Europa, sollten die USA sich zurückziehen und dementsprechend ihren nuklearen Schutzschirm schließen, nicht „schutzlos der Erpressung autoritärer Staaten ausgeliefert sein“ dürfe (Freie Demokraten 2024; van Hooft 2025). Die Stationierung von Oreschnik-Raketen durch Russland in Belarus sowie die jüngsten Tests von neuen Trägersystemen, insbesondere dem Marschflugkörper Burewestnik und der atomgetriebenen Unterwasserdrohne Poseidon, haben diese Bedenken noch weiter intensivieren lassen (Spiegel Ausland 2025; Gwadera 2025).

Unter der „Euro-Bomben“-Option gibt es zwei denkbare Varianten für eine europaweite nukleare Abschreckung:

Variante 2.1: In den Gesprächen zwischen Frankreich und Großbritannien über die Ausweitung eines gemeinsamen Schutzschirms wurde auch die Möglichkeit erörtert, dass sich andere europäische

Staaten, insbesondere Deutschland im Rahmen der E3, an der Gestaltung einer gemeinsamen Politik beteiligen. Die operative Kontrolle über die Waffensysteme selbst (ganz zu schweigen von Entscheidungen über die Einsatzgenehmigung) soll jedoch strikt unter nationaler französischer und britischer Hoheit verbleiben. Die erste Option für eine europäische nukleare Abschreckung wäre eine Sharing-Vereinbarung, bei der die Waffensysteme unter den teilnehmenden europäischen Ländern verteilt würden, die sich dann auch unmittelbar an der operativen Kontrolle beteiligen würden. Wie das Wilfried Martens Centre for European Studies

erklärt, würde diese Option bedeuten, dass die teilnehmenden Länder „Ressourcen und Fachwissen bündeln, um eine robustere Abschreckungsfähigkeit in ganz Europa zu schaffen“ auf Grundlage der französischen und britischen Arsenale (Vicente 2024, 42).

Variante 2.2: Die Entwicklung einer neuen, unabhängigen europäischen nuklearen Abschreckung stellt eine zweite Option dar. Die Spannungen im Zusammenhang mit dem Grönlandstreit haben die Befürchtungen eines Bruchs mit den USA verstärkt. Wie Roderich Kiesewetter, anerkannter Sicherheitsexperte und Abgeordneter im Deutschen Bundestag, Anfang 2026 erklärte: „Wenn der Schutz der USA endet, muss ein anderer Schutz an diese Stelle treten“. Er äußerte zudem Bedenken bezüglich der Verlässlichkeit französischer Sicherheitsgarantien, angesichts politischer Unsicherheiten und eines

möglichen Wahlsiegs der Rechtsextremen um Marine Le Pen (Ismar 2026). Demnach sieht die sogenannte „Euro-Bomben-Option“ vor, dass interessierte europäische Staaten „gemeinsam eine glaubwürdige nukleare Fähigkeit entwickeln und aufrechterhalten, um Gegner abzuschrecken und Sicherheitsinteressen zu wahren“ (Vicente 2024, 43). Dass Deutschland sich anderen Ländern, wie Polen, Schweden und Finnland, bei einem solchen Unterfangen anschließt, wäre eine Möglichkeit (Ismar 2026).

Option 3: Eine „deutsche Bombe“ Die dritte Möglichkeit ist die Entwicklung deutscher Atomwaffen. In diesem Szenario würde Deutschland ein eigenständiges Atomprogramm aufbauen. Obwohl die Idee für amtierende deutsche Politiker derzeit völlig ausgeschlossen ist, gelangt sie zunehmend in den öffentlichen Diskurs. In einer gewagten Erklärung im Januar 2026 behauptete Brigadegeneral Frank Pieper, dass Deutschland „eigene Atomwaffen“ brauche, um „sich der finalen Bedrohung durch Russland entgegenstellen“ zu können (Ismar 2026). Andere Analysten vertreten ebenso die Ansicht, dass sich die deutsche Sicherheitslage in eine bedrohliche Richtung entwickelt, sodass „man [die Idee deutscher Atomwaffen] nicht mehr pauschal ausschließen kann“ (zit. n. Possoch 2025). Das Wilfried Martens Centre for European Studies weist darauf hin, dass trotz „erheblicher technischer, rechtlicher und politischer Herausforderungen“ eine deutsche nukleare Option „dennoch als letztes Mittel“ zur Abschreckung möglicher russischer Angriffe dienen könnte (Vicente 2024, 45).

3. Bewertung der Optionen

3.1 Option 1: Französisch-Britischer Schutzschirm

Ø STRAT

Würde die Ausweitung eines französisch-britischen nuklearen Schutzschirms über Europa die europäische Sicherheit verbessern? Um diese Frage und damit den strategischen Wert der Maßnahme zu

bewerten, müssen zwei Szenarien analysiert werden: 1) Die US-Sicherheitsgarantien durch die NATO bleiben bestehen; und 2) die US-Sicherheitsgarantien werden zurückgezogen. Im ersten Fall ergänzt ein französisch-britischer Schutzschirm den US-Schutz, im zweiten Fall ersetzt er ihn.

SZENARIO 1

Trotz aller Spannungen haben die USA ihre Sicherheitsverpflichtungen gemäß Artikel 5 des Nordatlan-

tikvertrags nicht gekündigt. Amerikanische Atomwaffen sind weiterhin in Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Türkei stationiert, und trotz ihres kritischen Tons hält die jüngste Sicherheitsstrategie ausdrücklich fest, dass „Europa für die Vereinigten Staaten von strategischer und kultureller Bedeutung bleibt“ und dass Washington sich für „Stabilität in Europa und strategische Stabilität mit Russland“ einsetzt (The White House 2025, 26-27). Die in diesem Jahr veröffentlichte National Defense Strategy unterstreicht zudem, dass die USA „weiterhin eine entscheidende Rolle in der NATO-Verteidigung spielen werden“ (US Department of War 2026, 10). Dies bedeutet nicht, dass ein Rückzug aus der NATO unmittelbar bevorsteht. Die Aufrechterhaltung der „Stabilität in Europa“ und der „strategischen Stabilität“ mit Russland scheinen es erforderlich zu machen, dass der amerikanische nukleare Schutzschirm bestehen bleibt.

Sofern dieser vorhanden bleibt, trägt ein zweiter, französisch-britischer, Schutzschirm dann zu einer zusätzlichen Abschreckung bei? Die Antwort darauf ist nicht eindeutig. Einerseits kann eine größere Redundanz die Abschreckung stärken. Mehrere Entscheidungsträger im Nuklearbereich können die Unsicherheit für einen Gegner erhöhen und somit das Risiko provokativer Aktionen steigern. Obwohl Großbritannien bereits zur nuklearen Abschreckung der NATO beiträgt, könnte ein formalisierter britisch-französischer Schutzschirm die US-Abschreckung zusätzlich absichern. Insbesondere könnte dieser die Glaubwürdigkeit der europäischen Abschreckung gegen russische Aggression in Westeuropa stärken. Angesichts der „räumlichen, kulturellen und sozialen Nähe“ der westeuropäischen Hauptstädte, wären Frankreich und Großbritannien von einem russischen Atomangriff auf Deutschland unmittelbar betroffen als die USA. Daher ist eine britisch-französische Nukleargarantie „grundsätzlich glaubwürdiger als das, was die USA bieten können“ (Meier 2025). Die bemerkenswerte Aussage von Präsident Macron im Januar 2024, dass „die vitalen Interessen Frankreichs eine europäische Dimension haben“, könnte als Beweis für diese Position dienen (Ducourtieux et al. 2025).

Dennoch vertreten mehrere europäische Spitzenpolitiker die Meinung, dass die US-Abschreckung der sicherste Weg ist, die europäische Sicherheit zu gewährleisten. Generalsekretär Rutte erklärte Ende

2025, dass der nukleare Schutzschirm der USA die „absolute Garantie“ für Europa sei und „nichts“ sich daran ändern (Mammaldi 2025). Bundeskanzler Merz meinte auch, dass „alles Mögliche“ getan werden sollte, „um die nukleare Teilhabe der USA auf Jahre hinaus aufrechtzuerhalten“ (Anadolu 2025). Ein ernsthafter Ausbau des französisch-britischen Nuklearschirms könnte dieser Aufgabe jedoch entgegenwirken, da er die Notwendigkeit einer US-Präsenz verringern und Washington weiter dazu ermutigen könnte, seinen Fokus auf Europa zu reduzieren.

Darüber hinaus könnte ein solcher Schritt die ohnehin bestehenden Spannungen mit Russland verschärfen und die Aussichten auf ein Friedensabkommen in der Ukraine weiter verringern sowie die Sicherheit in Westeuropa gefährden, sollte der Konflikt eskalieren. Eine neue Studie der RAND Corporation legt nahe, dass Russland bis vor kurzem eine „europäische Abschreckung“ nicht ernst nahm und die britischen und französischen Atomwaffenarsenale in seiner strategischen Planung nicht ernsthaft berücksichtigt hat (Wolford et al., 2025). Seit den intensivierten Diskussionen, insbesondere seit der Northwood-Erklärung vom Juli 2025, schenkt Russland dem Thema jedoch direkte Aufmerksamkeit. Verteidigungsminister Sergei Rjabkow erklärte: „Da diese Art der Interaktion nun formalisiert und auf eine stabile und solide Grundlage gestellt wird, werden wir dies berücksichtigen.“ Und er fügte die Warnung hinzu, dass dieser Schritt in Moskaus künftige „militärische Planung“ einfließen werde (TASS 2025).

Im Endeffekt könnte ein französisch-britischer nuklearer Schutzschirm zwar die bestehende US-amerikanische Nuklearabschreckung ergänzen, doch die Maßnahme könnte auch kontraproduktiv wirken, indem sie den USA einen Rückzug erleichtert und die Spannungen mit Russland weiter verschärft. Trotz ihrer Mängel haben hochrangige europäische Politiker wie Bundeskanzler Merz und der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble positiv auf die Idee eines französischen Schutzschirms reagiert (Stempel 2025; Leubecher 2022).

SZENARIO 2

Was passiert, wenn die USA ihre nuklearen Garantien zurückziehen? Hier ist unzweideutig, dass ein französisch-britischer nuklearer Schutzschirm in seiner jetzigen Form kein vollständiger Ersatz für

die US-amerikanische Abschreckung wäre. Sowohl Frankreich als auch Großbritannien verfügen über begrenzte Atomwaffenarsenale (Frankreich hat etwa 290 Sprengköpfe und Großbritannien etwa 225), die auf die nationale Verteidigung zugeschnitten und für komplexere Szenarien der erweiterten Abschreckung ungeeignet sind (Kristensen et al. 2024; Kristensen et al. 2023).

Wichtig ist, dass beide Arsenale darauf ausgerichtet sind, dem Gegner „inakzeptablen Schaden“ zuzufügen, vor allem durch U-Boot-gestützte Systeme (Frankreich verfügt zusätzlich über luftgestützte Kapazitäten, die allerdings begrenzt sind), was eine starke Zweitschlagfähigkeit im Falle eines strategischen Nuklearschlags ermöglicht (Mayer 2025; Wolford et al. 2025). Keines der beiden Länder verfügt jedoch über das breite Spektrum taktischer Atomwaffen (Sprengköpfe mit geringerer Sprengkraft, die einen begrenzten Einsatz ermöglichen), das die USA besitzen. Dieser Mangel an Vielfalt hinsichtlich Sprengkraft und Trägersysteme schränkt die Fähigkeit Frankreichs und Großbritanniens ein, Eskalationen zu steuern und auf unterschiedliche Bedrohungen proportional zu reagieren.

Im Wesentlichen bleibt ihnen nur die Wahl zwischen Alles oder Nichts, geeignet zur Abschreckung von Angriffen auf ihre jeweiligen Heimatländer, aber unzureichend für die Abschreckung russischer Aggressionen, die wahrscheinlich begrenzter ausfallen und weit von den französischen und britischen Grenzen stattfinden würden (z. B. Erpressung unter Androhung des Einsatzes taktischer Waffen in Osteuropa). Ohne die Möglichkeit, wie die USA, gezieltere Drohungen auszusprechen, fehlt die skalierte Abschreckung nach Eskalationsstufen, was ein erhebliches Glaubwürdigkeitsproblem zur Folge hat.² Während Charles de Gaulle einst die Frage stellte, ob die USA tatsächlich bereit wären, New York für Paris zu opfern (US Office of the Historian 1961), müssten sich die Regierungschefs im Baltikum nun fragen, ob die Franzosen und Briten bereit wären, Paris und London für Vilnius oder Tallinn zu opfern.

Ø RECHT

Eine Ausweitung der nuklearen Abschreckung durch Frankreich und Großbritannien auf andere Teile Europas würde von allen in dieser Studie skizzierten Optionen die wenigsten rechtlichen Probleme

aufwerfen. Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Atomwaffensperrvertrag oder NVV) verbietet eine erweiterte Abschreckung ausdrücklich nicht. In diesem Fall ist das einfache Anbieten von Sicherheitsgarantien gegenüber anderen europäischen Staaten rechtlich unproblematisch.

Die Frage der Rechtmäßigkeit wird komplizierter, wenn ein französisch-britischer nuklearer Schutzschirm Teilhabeabkommen vorsieht. Gemäß Artikel 1 des NVV „verpflichtet sich“ jeder Kernwaffenstaat „Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber an niemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben und einen Nichtkernwaffenstaat weder zu unterstützen noch zu ermutigen noch zu veranlassen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper herzustellen oder sonstwie zu erwerben oder die Verfügungsgewalt darüber zu erlangen“. Hier gibt es bereits einen Präzedenzfall: Die nuklearen Teilhabeabkommen der USA mit Deutschland und anderen NATO-Staaten. Diese Abkommen wurden damit begründet, dass die Stationierung von US-Atomwaffen in Gaststaaten keine Übertragung des Eigentums darstellt (Sechser 2016). Frankreich und Großbritannien haben beide klar erklärt, dass sie bei der Ausweitung ihrer Abschreckung auf andere europäische Länder die operative Kontrolle über ihre jeweiligen Arsenale streng behalten würden (Institute for International and Strategic Studies 2025).

Diese US-NATO-Abkommen stammen jedoch aus der Zeit vor dem NVV und dem Atomwaffenverbotsvertrag (AVV). Manche neueren rechtswissenschaftlichen Einschätzungen legen nahe, dass die Etablierung neuer nuklearer Teilhabeabkommen auf einer weniger sicheren rechtlichen Grundlage stünde.³ Ungeachtet dieser Erkenntnisse kamen die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages zu dem Schluss, dass sowohl Vereinbarungen zur Teilhabe mit anderen Partnern neben den USA als auch die „Ko-Finanzierung ausländischer Nuklearwaffenpotentiale“ rechtlich zulässig wären (Wissenschaftliche Dienste 2017). Dennoch dürfte die Rechtmäßigkeit neuer europäischer Teilhabeabkommen international umstritten sein und das ohnehin fragile Nichtverbreitungsregime zusätzlich belasten. Im schlimmsten Fall könnte sie zu dessen Zusammenbruch führen.

Abgesehen vom NVV ist der AVV auch relevant, weil drei europäische Staaten (Irland, Österreich und Malta) Vertragsstaaten sind. Diese Staaten müssten sich aufgrund von Vertragsbeschränkungen, insbesondere Artikel 1(e) und (f), wahrscheinlich jeglicher Beteiligung enthalten, auch wenn der NVV diese zulassen würde. Dies könnte Bestrebungen zur Integration einer französisch-britischen Abschreckung in einen formelleren EU-Verteidigungsrahmen behindern, der gemäß Artikel 42 des Vertrags über Europäische Union, die einstimmige Zustimmung erfordert, gegen die jeder AVV-Mitgliedstaat wahrscheinlich ein Veto einlegen müsste.

Ø PRAKT

Die größte technische Herausforderung bei der Ausweitung der französisch-britischen Abschreckung ohne physische nukleare Teilhabe liegt in der Asymmetrie ihrer jeweiligen Arsenale, denen derzeit die Flexibilität des US-Modells hinsichtlich der Einsatzszenarien fehlt. Großbritannien verfügt nur über seegestützte Atomwaffen, die auf die Zufügung „inakzeptabler Schäden“ ausgerichtet sind. Frankreich verfolgt eine ähnliche Strategie, besitzt aber auch luftgestützte Systeme (Wolford et al., 2025). Um einen glaubwürdigen Schutzschirm zu gewährleisten, müssten beide Nationen die substrategische Lücke mit sogenannten taktischen Waffen geringerer Sprengkraft schließen, um auf lokale Aggressionen in Osteuropa zu reagieren, ohne sofort zu einem umfassenden strategischen Austausch zu eskalieren. Dies würde die Entwicklung von Waffensystemen mit geringerer Sprengkraft oder Investitionen in „**variable yield**“-Technologien⁴ erfordern, die die Kontrolle der Sprengkraft des Gefechtskopfs ermöglichen.

Operativ hängt die Abschreckungseffektivität vom Erfolg der Nuklearen Lenkungsgruppe ab, die im Rahmen der Northwood-Erklärung 2025 eingerichtet wurde. Damit eine europäisierte Abschreckung für potenzielle Gegner glaubwürdig ist, müssten Großbritannien und Frankreich eine gleichberechtigte autonome Aufklärung und Zielerfassung aufbauen. Derzeit ist Großbritannien weiterhin stark von US-Satellitendaten und -modellen abhängig (Messmer und O’Sullivan 2025). Ein europäischer Schutzschirm würde eine synchronisierte französisch-britische Architektur für Aufklärung, Überwachung und Zielerfassung erfordern, die in der Lage ist, eigen-

ständig und unabhängig von den Kapazitäten Washingtons zu funktionieren.

Eine weitere Hürde ist die Verzögerung in der Befehls- und Kontrollstruktur. Derzeit existiert kein etablierter Mechanismus, der es einer Führungskraft in Vilnius oder Warschau ermöglicht, eine akute Bedrohung in Echtzeit an Paris oder London weiterzuleiten. Die Schaffung eines gemeinsamen Lagebildes, das die Lücke zwischen europäischem Krisenmanagement und nationalen Nuklearstreitkräften schließt, ist Voraussetzung für eine funktionsfähige, nicht-geteilte europäische Abschreckung.

Die Implementierung eines französisch-britischen nuklearen Schutzschirms für Europa erfordert also die Überwindung unterschiedlicher strategischer Kulturen und erheblicher Hardwarelücken. Die Northwood-Erklärung hat mit der Nuklearen Lenkungsgruppe einen politischen Fahrplan geschaffen, doch der Übergang von nationalen „vitalen Interessen“ zu einem kontinentalen Schutzschirm benötigt eine Abkehr von minimaler Suffizienz hin zu einer umfassenderen Strategie. Frankreich hat zwar bereits die M51.3-Rakete zur Modernisierung seiner Seestreitkräfte in Auftrag gegeben, und Großbritannien hat das Astraea-Programm⁵ auf den Weg gebracht (Ruitenbergh 2025; West 2025), doch verfügt keines der beiden Länder derzeit über die erforderliche Zahl an Sprengköpfen oder die Vielfalt an Trägersystemen, um den Umfang des US-amerikanischen nuklearen Schutzschirms vollständig zu ersetzen.

Ø FINANZ

Die finanzielle Machbarkeit eines französisch-britischen nuklearen Schutzschirms wäre durch den gleichzeitigen Bedarf an historisch hohen Verteidigungsinvestitionen und die Aufrechterhaltung des Sozialstaats erschwert. Die britische Strategic Defence Review 2025 sah £15 Milliarden für das Astraea-Programm vor (West 2025). In Frankreich sieht das Militärplanungsgesetz 2024-2030 Rekordausgaben von 413 Milliarden Euro für die Verteidigung vor, dabei weist das Land ein erhebliches Haushaltsdefizit von über 5 % des BIP auf, mehr als 2 % über der EU-Grenze von 3 % (Machi 2023; Diviney und Renoult 2025). Eine Ausweitung der nuklearen Abschreckung auf kontinentaler Ebene würde die Staatsfinanzen voraussichtlich enorm belasten und unpopuläre

Kürzungen im Sozialstaat erfordern (Schofield 2025). Das Streben nach einem europäisierten nuklearen Schutzschirm lässt zudem weniger Ressourcen für eine glaubwürdige konventionelle Abschreckung übrig. In Großbritannien hat die Strategic Defence Review 2025 gezeigt, dass die Ausgaben für Nuklearwaffen zwar auf 20 % des Verteidigungshaushalts steigen, während die britische Armee mit erheblichen Verzögerungen bei der Aufstellung einer modernen Panzerdivision konfrontiert ist (Sangha 2025; Barry 2021). Auch Frankreichs Investitionen in sein Nuklearprogramm haben die Auffüllung konventioneller Munitionsbestände erschwert (Deyl 2025). Dies führt zu einem strategischen Problem: durch übermäßige Investitionen in nukleare Kapazitäten riskieren

beide Nationen, die Fähigkeiten zur konventionellen Kriegsführung zu vernachlässigen, die zur Abwehr von Provokationen unterhalb der nuklearen Schwelle benötigt werden.

Über den militärischen Bereich hinaus droht die finanzielle Belastung dieser Aufrüstung die Widerstandsfähigkeit der Demokratie. Der Drang nach höheren Verteidigungsausgaben gibt Anlass zur Sorge über Kürzungen bei sozialen Dienstleistungen und verursacht interne politische Spannungen (Goury-Laffont et al. 2025; Ettinger 2025; Smith 2026). Jede weitere nukleare Aufrüstung könnte unpopuläre Kürzungen bei Sozialleistungen, Renten oder Bildung erfordern und diese Spannungen weiter anheizen.

BEWERTUNG

START <i>Strategischer Vorteil?</i>	UNEINDEUTIG · Geringer strategischer Vorteil mit Eskalationsrisiken als Ergänzung zur US-Abschreckung · Mangelhaft als Ersatz zur US-Abschreckung
RECHT <i>Rechtsgemäß?</i>	WAHRSCHEINLICH · Zweifelsfrei wenn reines französisch-britisches Unterfangen FRAGLICH · Strittig mit Koordination (und evtl. Teilhabeabkommen) mit anderen Nichtkernwaffenstaaten (wie Deutschland)
PRAKT <i>Umsetzbar?</i>	UNWAHRSCHEINLICH (Ersatz zur US-Abschreckung.) · Erhebliche Lücken bestehen · Massive Bemühungen erforderlich FRAGLICH (Ergänzung zur US-Abschreckung) · Vertiefte französisch-britische Koordinierung möglich, aber erhebliche praktische Herausforderungen bestehen · Politische/populäre Unterstützung unklar
FINANZ <i>Bezahlbar?</i>	UNWAHRSCHEINLICH (Ersatz zur US-Abschreckung) · Massive Investitionen erforderlich FRAGLICH (Ergänzung zur US-Abschreckung) · Frankreich und Großbritannien in schwierigen finanziellen Lagen · Populäre Unterstützung unklar

Ein französisch-britischer nuklearer Schutzschirm gilt allgemein als die realistischste Option für eine europäische nukleare Abschreckung. Wie die obige Analyse jedoch verdeutlicht, wäre dies ein gewaltiges Unterfangen, das mit erheblichen Herausforderungen verbunden ist. Die Schlussfolgerung dieser Studie ist, dass das Anstreben einer französisch-britischen nuklearen Abschreckung für Europa aus drei Gründen problematisch wäre.

Erstens und am grundlegendsten bietet die Initiative keinen klaren strategischen Mehrwert, der die übermäßigen Kosten und logistischen Hürden eindeutig aufwiegen würde. Solange die US-Abschreckung intakt bleibt, ist eine französisch-britische Ergänzung nicht zwingend erforderlich. Ein französisch-britischer Schutzschirm würde lediglich auf strategischer Ebene zur Abschreckung beitragen. Angesichts dessen ist zudem unklar, welchen zusätzlichen Glaubwürdig-

keitszuwachs diese Option tatsächlich bringen würde, da Paris und London bereit sein müssten, sich selbst zum Ziel verheerender russischer Nuklearschläge zu machen, um Osteuropa zu schützen (ähnlich wie Washington auf strategischer Ebene).

Um dieses Problem zu überwinden und die französisch-britische Abschreckung glaubwürdiger und effektiver zu gestalten, wäre eine engere Zusammenarbeit und möglicherweise auch eine nukleare Teilhabe mit anderen europäischen Nationen notwendig. Dies wirft, zweitens, jedoch das Potential für rechtliche Probleme und Belastung des NVV-Regimes auf. Die einzige Möglichkeit, strikte Rechtmäßigkeit zu gewährleisten, besteht darin, andere Nichtkernwaffenstaaten von einer Beteiligung auszuschließen. Somit entsteht ein grundlegender Konflikt zwischen Effektivität und Rechtmäßigkeit. Maßnahmen zur Stärkung der Ersteren können die Letztere untergraben. Hinzu kommen, drittens, erhebliche praktische Herausforderungen und Kosten. Eine höhere Abschreckungswirkung würde eine engere Zusammenarbeit zwischen Paris und London sowie massive Investitionen zur Schließung bestehender Lücken erfordern. Die Möglichkeit, die US-Abschreckung zu ersetzen, wäre wahrscheinlich außer Reichweite. Die Aufrechterhaltung ihrer bestehenden Abschreckungsmaßnahmen ist bereits kostspielig, und es ist fraglich, ob sich Paris und London weitere Schritte realistischerweise leisten könnten. Beide Länder stehen vor großen finanziellen Herausforderungen, und die politische und öffentliche Unterstützung für eine gemeinsame Abschreckungsinitiative ist alles andere als gesichert.

3.2 Option 2: Eine Europäische nukleare Abschreckung

Ø STRAT

Würde die Entwicklung einer europäischen nuklearen Abschreckung einen eindeutigen strategischen Vorteil bringen? Hierbei bieten sich zwei denkbare Varianten an, die berücksichtigt werden müssen, um diese Frage zu beantworten: 1) eine Europäisierung der französisch-britischen Arsenale; oder 2)

die ehrgeizigere Entwicklung eines separaten europäischen Nukleararsenals.

Variante 2.1

Die Europäisierung des französisch-britischen Nuklearschirms, welche den Übergang von einem politischen Versprechen zu einer gemeinsamen operativen Realität bedeuten würde, würde eine grundlegende Überarbeitung der bestehenden europäischen Verteidigungsarchitektur erfordern. Um das unter Option 1 angesprochene Glaubwürdigkeitsproblem zu lösen, müssten Großbritannien und Frankreich das US-amerikanische Modell der Vorwärtsstationierung und Risikoteilung übernehmen und sicherstellen, dass ein Angriff auf einen Verbündeten (z. B. Polen oder Estland) eine vorab geplante Reaktion unter Beteiligung der Streitkräfte des jeweiligen Gastlandes auslöst. Die Northwood-Erklärung hat den Weg für eine bilaterale Koordinierung geebnet, doch eine wirklich gemeinsame „europäische Abschreckung“ erfordert einen schrittweisen Ansatz zur Integration nicht-nuklearer Verbündeter in die nukleare Mission.

Der erste entscheidende Schritt hin zu dieser „europäischen Abschreckung“ wäre die Aufstellung taktischer Luftstreitkräfte und die Schaffung einer europäischen nuklearen Planungsgruppe. Da Großbritannien nur auf seegestützte Abschreckung setzt und über keine Waffen mit großer Reichweite verfügt, müsste es seine neue F-35A-Flotte für die Vorwärtsstationierung als Dual-Capable-Flugzeuge vollständig einsatzbereit machen und luftgestützte Raketen wie die französische ASMPA-R mitentwickeln. Gleichzeitig würde die europäische nukleare Planungsgruppe als zentrales Beratungsgremium dienen, in dem die Verbündeten an der Festlegung von Zielvorgaben mitwirken.

Die komplexeste Phase würde die Vorverlegung von Sprengköpfen und die Implementierung von „Zwei-Schlüssel“-Kontrollmechanismen umfassen. Dies würde den Bau von speziellen Bunkeranlagen (inklusive Unterflurmagazine) für Waffenlagerung und Sicherheitssysteme (WS3) auf alliierten Luftwaffenstützpunkten in Frontstaaten wie Polen oder Rumänien erfordern. Im Rahmen einer Zwei-Schlüssel-Vereinbarung übernimmt das stellende Land (Großbritannien/Frankreich) die Verwahrung des Sprengkopfes, während der Gaststaat das Flug-

zeug und den Piloten zur Durchführung der Mission nach gemeinsamer Freigabe stellt.

Diese Maßnahmen würden zwar zu einer robusteren und glaubwürdigeren strategischen Abschreckung beitragen, doch die unzureichenden Reaktionsmöglichkeiten auf Bedrohungen geringerer Intensität lassen weiterhin eine kritische Abschreckungslücke bestehen. Konkret würden die Maßnahmen Europa die Option der „Abschreckung durch Bestrafung“ (deterrence by punishment) bieten, wodurch es einem Gegner massive Kosten auferlegen könnte. Diese Fähigkeit eignet sich zwar zur Abschreckung extremer Aktionen wie einer großangelegten russischen Invasion, ist aber ungeeignet zur Abschreckung von weniger schwerwiegenden Provokationen. Solche sind jedoch das mit Abstand wahrscheinlichste Risiko. Hierfür ist eine Fähigkeit zur „Abschreckung durch Verweigerung“ (deterrence by denial) erforderlich, um solchen Aggressionen zu begegnen, ohne sofort in einen umfassenden Atomkrieg einzutreten.

VARIANTE 2.2

Die zweite Variante würde den Aufbau eines unabhängigen europäischen Nukleararsenals und eine massive Mobilisierung der vorhandenen industriellen und technischen Kapazitäten des Kontinents erfordern. Um Russland wirksam abzuschrecken, müsste ein solches Arsenal die Triaden-Struktur einer großen Atommacht widerspiegeln. Dies würde die Umrüstung der kommerziellen Infrastruktur zur Urananreicherung von Staaten wie Deutschland und den Niederlanden zur Herstellung von waffenfähigem Spaltmaterial sowie die gleichzeitige Entwicklung eigener Trägersysteme beinhalten. Eine glaubwürdige europäische Abschreckung würde sich wahrscheinlich auf eine Kombination aus luftgestützten Marschflugkörpern und möglicherweise einer neuen Klasse europäischer U-Boote mit ballistischen Raketen stützen.

Ebenso wichtig wie die Sprengköpfe selbst ist die Schaffung einer einheitlichen Führungs-, Kontroll- und Kommunikationsarchitektur (C3). Um gegen Russland wirksam zu sein, bräuchte eine unabhängige europäische Streitkraft eine zentrale Entscheidungsinstanz (wahrscheinlich einen supranationalen Sicherheitsrat oder eine einzelne Führungsperson), die in Krisensituationen ohne bzw. mit geringster Zeitverzögerung Entscheidungen treffen könnte.

Diese Infrastruktur erfordert ein europäisches militärisches Satellitennetz für autonome Zielerfassung und Frühwarnung sowie den Aufbau gehärteter, europaweiter Kommunikationszentren.

KOSTEN UND RISIKEN

Der Aufbau einer unabhängigen europäischen Nuklearstreitkraft würde eine Phase massiver strategischer Instabilität einleiten. Während des jahrelangen Aufbaus entstünde eine Phase der Verwundbarkeit, die Russland dazu verleiten könnte, durch präventive konventionelle oder begrenzte nukleare Schläge die neue Infrastruktur zu neutralisieren, bevor sie eine glaubwürdige Abschreckungswirkung entfaltet. In Moskau könnte eine solche Entwicklung zu einer aggressiveren Nukleardoktrin führen, die auf „Launch-on-Warning“ setzt, was die Entscheidungszeit in Krisen drastisch verkürzt und das Risiko einer Eskalation durch Fehlkalkulationen oder technische Irrtümer massiv erhöht.

Innerhalb Europas könnte das Streben nach einer Nuklearstreitkraft erhebliche politische und ökonomische Spannungen erzeugen. Die zentrale Frage der Befehlsgewalt (wer drückt im Ernstfall den Knopf) könnte das politische Gefüge der EU sprengen, da ein nationales Veto die gesamte Abschreckung unglaublich unwirksam machen würde. Zudem sind die finanziellen Lasten für den Aufbau einer wirksamen nuklearen Abschreckung astronomisch. Diese Mittel müssten zwangsläufig bei den konventionellen Streitkräften eingespart werden, was zu einem nuklear reichen, aber konventionell armen Europa führen könnte. Ein solches Europa wäre unfähig, auf hybride Bedrohungen oder begrenzte Aggressionen unterhalb der nuklearen Schwelle effektiv zu reagieren.[6]

Ein europäischer Alleingang in der Nuklearfrage würde das Fundament des NVV zutiefst erschüttern und ein fatales Signal an die Weltgemeinschaft senden. Wenn politisch stabile Demokratien in Europa den Pfad der nuklearen Bewaffnung wählen, entzieht dies den diplomatischen Bemühungen zur Eindämmung von Programmen in Ländern wie dem Iran oder Nordkorea jegliche moralische und rechtliche Grundlage. Besonders kritisch ist die Signalwirkung auf US-Verbündete in Asien, wie Südkorea und Japan: Sollte die europäische „Sicherheitsgarantie“ durch die USA als gescheitert angesehen werden, würde der Druck in Seoul und Tokio massiv steigen, eigene Arsenale aufzubauen, um der Bedrohung durch

China und Nordkorea zu begegnen. Dies könnte einen unkontrollierbaren Dominoeffekt auslösen, der eine globale nukleare Aufrüstung einleitet und die Hemmschwelle für den Einsatz dieser Waffen weltweit gefährlich senkt.

Ø RECHT

Variante 2.1 würde als Verstoß gegen Artikel I und II des NVV angesehen werden. Wie bereits erwähnt, verbietet Artikel I den Atomwaffenstaaten strikt die Übertragung der Kontrolle über Atomwaffen an Dritte, während Artikel II es Nicht-Atomwaffenstaaten untersagt, eine solche Kontrolle direkt oder indirekt zu übernehmen. Das Argument der USA zur Rechtfertigung der nuklearen Teilhabe der NATO während des Kalten Krieges (nämlich, dass der NVV in Kriegzeiten nicht immer anwendbar sei) wird heute als zweifelhaft angesehen (Hood 2025; Hayashi 2021) und wäre daher eine fragwürdige Rechtfertigung für eine neue europäische Teilhabevereinbarung für französische und britische Waffen. Jedes Zwei-Schlüssel-System oder jede gemeinsame Kommandostruktur, die Nicht-Atomwaffenstaaten eine entscheidende Rolle bei der Startgenehmigung einräumt, könnte von der internationalen Gemeinschaft als Verstoß gegen das Kernwaffenverbot des NVV hinsichtlich der Verbreitung nuklearer Entscheidungsmacht interpretiert werden.

Darüber hinaus würde ein solcher Schritt das internationale Nichtverbreitungsregime schwer schädigen, indem er das normative Tabu gegen den Besitz von Atomwaffen untergräbt und anderen Regionen eine Vorlage zur Proliferation liefert. Durch die Schaffung einer neuen, supranationalen Nukleareinheit oder eines Netzwerks gemeinsamer Kontrolle würde Europa seine langjährige Rolle als Verfechter einer regelbasierten Weltordnung und des NVV erheblich schwächen. Diese Entwicklung könnte einen normativen Zusammenbruch auslösen und Staaten im Nahen Osten oder in Ostasien dazu ermutigen, unter dem Deckmantel der „strategischen Autonomie“ ähnliche kollektive oder nationale nukleare Absicherungsmaßnahmen zu ergreifen. Für EU-Mitglieder wie Österreich, Irland und Malta würde die Teilnahme an einem europäischen Atomwaffenprogramm zudem den AVV verletzen und eine unüberbrückbare rechtliche und politische Spaltung innerhalb der EU hervorrufen.

Variante 2.2 würde sowohl einen Verstoß gegen den Euratom-Vertrag von 1957 (insbesondere gegen Artikel 77, der die Zweckentfremdung von nuklearen Materialien von ihren „vorgesehenen“ zivilen Zwecken verbietet) darstellen als auch die Aufgabe der umfassenden Sicherheitsabkommen der Internationalen Atomenergie-Organisation erfordern. Diese rechtsverbindlichen Instrumente ermächtigen die internationale Gemeinschaft zu überprüfen, ob Nuklearanlagen ausschließlich friedlichen Zwecken dienen. Variante 2.2 würde somit die teilnehmenden europäischen Staaten praktisch dazu zwingen, sowohl aus diesen Verträgen als auch aus dem NVV auszutreten; ein Schritt, der das nukleare Nichtverbreitungsregime sprengen würde.

Ø PRAKT

Bei Variante 2.1 stößt die Europäisierung der britischen und französischen Kernwaffenarsenale auf schwere praktische und technische Hürden. Zum einen stellt die mangelnde technische Autonomie des britischen Arsenal ein Hindernis dar. Während Frankreich eine vollständig unabhängige industrielle Basis unterhält, ist das Vereinigte Königreich für die Nutzung und Wartung seines Nukleararsenals massiv auf die USA angewiesen (Messmer und O’Sullivan 2025). Dieser Schritt wäre also technisch ohne US-Zustimmung kaum umsetzbar, da Washington die Wartungskette unterbrechen könnte. Zudem sind beide Arsenale rein quantitativ auf eine minimale Abschreckung ausgelegt. Mit zusammen etwa 515 Sprengköpfen (gegenüber ca. 5.000 russischen) fehlt die nötige Tiefe, um über die nationalen Kerninteressen hinaus eine glaubwürdige Schutzgarantie für 27 EU-Staaten zu übernehmen, ohne die eigene Zweitschlagfähigkeit zu gefährden.

Bei Variante 2.2 wären die Herausforderungen noch gewaltiger. Die Entwicklung eines neuen Arsenal erfordert den Aufbau einer kompletten, hochspezialisierten Industriekette, über die derzeit nur Frankreich in vollem Umfang verfügt. Dies beginnt bei der gesicherten Produktion von spaltbarem Material und reicht bis zur Konstruktion kompakter Sprengköpfe, die extremen physikalischen Belastungen standhalten müssen. Da reale Atomtests durch internationale Verträge unmöglich sind, müsste Europa Milliarden in Hochleistungs-Simulationszentren und Laser-Anlagen zur Materialforschung investieren, um die

Zuverlässigkeit neuer Designs zu zertifizieren. Zudem müssten eigene Trägersysteme, wie neue interkontinentale ballistische Raketen oder Tarnkappenbomber, entwickelt werden, was Jahre bis Jahrzehnte an Forschungs- und Entwicklungszeit beanspruchen würde.

Die operative Kontrolle einer europäischen Abschreckung erfordert eine extrem komplexe Infrastruktur für Führung, Steuerung und Kommunikation, die gegen Cyberangriffe, elektromagnetische Impulse und kinetische Schläge immun sein muss. Dies beinhaltet den Aufbau eines eigenen weltraumgestützten Frühwarnsystems (Satelliten zur Erkennung von Raketenstarts) und redundanter Kommunikationswege, die bis zu tief getauchten U-Booten reichen. Die größte operative Hürde ist jedoch die Einheit der Befehlsgewalt: eine nukleare Abschreckung ist nur so glaubwürdig wie die ihr zugrundeliegende Entscheidungsstruktur. Ein multinationales Gremium beinhaltet die Gefahr, sich als handlungsunfähig im Falle eines Angriffs zu erweisen, wo extrem schnelle Entscheidungen erforderlich wären. Ohne die Abgabe nationaler Souveränität an eine zentrale europäische Instanz mit alleiniger Befehlsgewalt über das Auslösen eines Atomschlags bliebe eine europäische Bombe eine Bombe ohne reale Abschreckungswirkung.

Ø FINANZ

Die ökonomische Dimension einer europäischen Atommacht ist gigantisch und würde die Verteidigungshaushalte der EU-Staaten über Jahrzehnte massiv einschnüren. Die Nutzung der bereits vorhandenen Kapazitäten von Paris und London erscheint auf den ersten Blick kosteneffizienter, erforderte dennoch enorme Investitionen in die Skalierung. Frankreich investiert derzeit jährlich etwa über 5 Milliarden Euro (ca. 15 % seines Verteidigungshaushalts) in die Erhaltung seiner Force de Frappe (Irish 2025). Die Modernisierung des britischen Arsenal wird bereits auf Kosten von mehr als 200 Milliarden Pfund geschätzt (Campaign for Nuclear Disarmament 2018). Um die Schutzgarantie dieser Arsenale auf die gesamte EU auszuweiten, müssten die Bestände an Sprengköpfen und Trägersystemen noch weiter ausgebaut werden. Laut Experteneinschätzungen müssten andere Partnerstaaten eventuell Zahlungen im zweistelligen Milliardenbereich leisten, um die Modernisierung, Wartung und die Bereitstellung konventioneller Begleitschutzkräfte (wie Fregatten

und Jagdflugzeuge) für die nuklearen Plattformen zu finanzieren (Burilkov und Wolff 2025).

Der Aufbau eines komplett neuen, unabhängigen Arsenal wäre ökonomisch weitaus belastender, da sämtliche Infrastrukturen entstehen müssten. Die Kosten für die Forschung, die Entwicklung und den Aufbau einer autarken nuklearen Industriekette würden Schätzungen des Institute for International and Strategic Studies zufolge etwa 1 Billion Euro über die ersten 25 Jahre kosten (Barry et al. 2025). Dies umfasst nicht nur die Sprengköpfe selbst, sondern auch die Entwicklung einer vollständigen nuklearen Triade (U-Boote, Interkontinentalraketen und strategische Bomber). Zusätzlich müssten Milliarden in ein eigenes Satelliten-Frühwarnsystem und eine gehärtete Kommunikationsinfrastruktur fließen. Ein solches Programm würde die konventionellen Verteidigungshaushalte der EU-Staaten derart aussaugen, oder aber eine weitgehende Priorisierung der Staatsausgaben hin zur Rüstung voraussetzen. Diese Investitionen stünden im Wettbewerb mit den Finanzierungsbedarfen für den European Green Deal und die soziale Sicherung. Angesichts begrenzter fiskalischer Spielräume und strikter Schuldenregeln führt jeder Euro für nukleare Großprojekte zu einer „Crowding-out“-Wirkung bei zivilen Zukunftsinvestitionen. Aktuelle Analysen deuten darauf hin, dass die EU bei den Ausgaben für Klimaziele bereits hinterherhinkt und dass deren Erreichung auch in Zukunft eine Herausforderung darstellen wird (European Central Bank 2025; Pisani-Ferry und Tagliapietra 2024). Eine Umschichtung öffentlicher Mittel in den nuklearen Sektor würde den Ausbau erneuerbarer Energien, die Gebäudesanierung und die Dekarbonisierung der Industrie verlangsamen, was praktisch die ökologische Sicherheit Europas gefährdet, um eine theoretisch vermutete militärische Sicherheit zu erkaufen.

Neben den rein finanziellen Kosten binden nukleare Rüstungsprogramme knappe wissenschaftliche und industrielle Ressourcen. Hochqualifizierte Ingenieure, Physiker und IT-Spezialisten, die für die Entwicklung sauberer Technologien und die digitale Transformation benötigt werden, würden stattdessen in der Rüstungsforschung gebunden. Zudem warnen Experten davor, dass höhere Verteidigungsausgaben, die für ein autarkes Atomwaffenprogramm erforderlich wären, ohne „massive Einschnitte“ im Sozial-

system nicht finanzierbar wären (Fuest und Matthäus 2025). Diese Waffen-statt-Wohlfahrt-Dynamik birgt das Risiko sozialer Instabilität und einer schwindenden Akzeptanz für demokratische Institutionen, da

dringende Investitionen in Bildung, Gesundheit und den sozialen Wohnungsbau zugunsten eines nuklearen Abschreckungsdispositivs zurückgestellt werden müssten.

BEWERTUNG

START <i>Strategischer Vorteil?</i>	NEIN · Maßgeblich destabilisierend (sowohl auf externer als auch interner Ebene) · Maßgeblich isolierend, vor allem Variante 2.2 (sie könnte Europa zum globalen Paria machen mit nachteiligen sicherheitsbezogenen, ökonomischen und sozialen Folgen) · Evtl. abschreckungsuntergrabend, vor allem Variante 2.2 (könnte Europa zum Ziel von Präventivschlägen machen) · Anhaltende Verwundbarkeit gegenüber Grauzonen- und konventionellen Aggressionen
RECHT <i>Rechtsgemäß?</i>	UNWAHRSCHEINLICH · Schwerwiegende rechtliche Probleme bei beiden Optionen
PRAKT <i>Umsetzbar?</i>	FRAGLICH (Variante 2.1) · Erhebliche praktische, logistische und operative Hürden · US-Unterstützung wahrscheinlich erforderlich
	UNWAHRSCHEINLICH (Variante 2.2) · Extrem hohe technische, operative und infrastrukturelle Anforderungen · Grundlegende Änderungen der Sicherheits- und Regierungsstruktur in Europa erforderlich
FINANZ <i>Bezahlbar?</i>	FRAGLICH (Variante 2.1) · Hohe Kosten, die das Budget für konventionelle Verteidigungsausgaben und Sozialprogramme belasten
	UNWAHRSCHEINLICH (Variante 2.2) · Extrem hohe Kosten, die europäische Haushalte erschöpfen und die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Europas infrage stellen

Diese Studie kommt zu dem Schluss, dass das Streben nach einer „Euro-Bombe“ (gemäß Variante 2.1 oder 2.2) fehlgeleitet und kontraproduktiv für die europäische Sicherheit und die ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Entwicklung wäre. Theoretisch – geht man grundsätzlich von der Möglichkeit aus, dass nukleare Abschreckung Sicherheit schaffen kann – könnte eine europäische nukleare Abschreckung Europa vor jedem großangelegten Angriff von außen schützen. Hierbei handelt es sich jedoch um eine oberflächliche Betrachtungsweise, die die realistisch anzunehmenden Folgen und Reaktionen auf eine europäische Nuklearrüstung ausblendet bzw. nicht durchdenkt.

Zum einen dürfte jede potenzielle Aggression gegen Europa höchstwahrscheinlich in Form eines Aus-testens in der Grauzone hybrider Kriegsführung oder

begrenzten konventionellen Schlägen erfolgen. Eine nukleare Abschreckung, die maßgeblich auf strategische Bedrohungen ausgerichtet ist, wäre für diese Bedrohungsformen nicht nur ungeeignet, sondern könnte zu geringeren Investitionen in den Schutz vor diesen wahrscheinlichsten Bedrohungen führen. Sie würde zudem die Beziehungen zu Russland und möglicherweise auch zu den USA erheblich destabilisieren und könnte politische und soziale Verwerfungen in Europa auslösen. Der Aufbau einer nuklearen Abschreckung würde somit die europäische Sicherheit schwächen und könnte die Abschreckung selbst untergraben, indem er Gegenmaßnahmen anderer Akteure wie Russland, einschließlich möglicher Präventivschläge, fördert. Darüber hinaus könnte dieser Schritt zur internationalen Isolation Europas führen, die es wirtschaftlich

schädigen und seine geopolitische Stellung schwächen würde. Zusammengenommen heben diese unmittelbaren Risiken und Kosten den strategischen Nutzen einer nuklearen Abschreckung eindeutig auf.

3.3 Option 3: Eine deutsche Atomstreitmacht

Ø STRAT

Bringt das deutsche Streben nach einer nationalen Abschreckung einen klaren strategischen Vorteil? Der Schritt würde die europäische und internationale Sicherheitsordnung tiefgreifend erschüttern. Zwar mag eine deutsche Nuklearstreitmacht in einem idealen Szenario Deutschland mehr Souveränität und Sicherheit verleihen, doch die Realität sähe mit größter Wahrscheinlichkeit ganz anders aus. Der lange Weg zu einer schlagkräftigen Streitmacht, die über eine bloß symbolische Abschreckung hinausgeht, wäre mit zahlreichen Gefahren und Hürden gepflastert.

Der Aufbau einer glaubwürdigen nuklearen Abschreckung (also eine, die einen russischen Erstschlag überleben und einen verheerenden Zweitschlag garantieren könnte) dauert laut Befassten wie Roderich Kiesewetter voraussichtlich zehn Jahre (Ismar 2026). In dieser langen Phase der Verwundbarkeit hätte Deutschland zwar den nuklearen Tabubruch begangen, aber noch keine wirksame Verteidigung aufgebaut. Russland würde eine deutsche Nuklearisierung wahrscheinlich als existentielle Bedrohung definieren, die zudem die europäische Sicherheitsordnung nach 1945 final zerstören würde. Dies könnte Moskau dazu veranlassen, die nuklearen Ambitionen Deutschlands bereits im Keim durch präventive militärische Schläge oder massive hybride Destabilisierung zu ersticken. Anstatt abschreckend zu wirken, könnte das Programm Deutschland im Gegenteil zum unmittelbaren Ziel russischer Aggression machen.⁶

Eine deutsche Atombombe würde die machtpolitische Statik Europas sprengen. Frankreich und Großbritannien sehen ihre nukleare Sonderstellung als Kern ihrer Großmachtdenitität und ihres Einflusses in Europa. Ein deutsches Arsenal würde diese Sonderstellung relativieren bzw. womöglich sogar auflösen.

Eine tiefe Entfremdung zwischen den drei Staaten ist dann eine durchaus wahrscheinliche Folge. Noch schwerwiegender könnte die Reaktion der USA sein. Ein deutscher Alleingang würde wahrscheinlich als Misstrauensvotum gegen die NATO gewertet und könnte den endgültigen Abzug der US-Truppen provozieren, wenn nicht einen direkten amerikanischen Eingriff, um diesen Alleingang zu unterbinden. Deutschland stünde am Ende ohne den US-Schirm da, während es gleichzeitig das Vertrauen seiner europäischen Nachbarn verloren hätte, die eine deutsche nukleare Hegemonie historisch bedingt skeptisch sähen. Unterm Strich würde jeder ernsthafte Versuch Deutschlands, eigene Atomwaffen zu erwerben, die deutsche Sicherheit unmittelbar und erheblich untergraben, Europa destabilisieren und die transatlantischen Beziehungen weiter belasten, wenn nicht komplett sprengen.

WEITERGEHENDE RISIKEN

In Deutschland ist die Ablehnung von Atomwaffen tief in der politischen Kultur und der Zivilgesellschaft verwurzelt. Das Streben nach einer eigenen Bombe würde unvermeidlich zu einer beispiellosen innenpolitischen Polarisierung führen. Massive Proteste, ziviler Ungehorsam und verfassungsrechtliche Klagen, die das Land praktisch lähmen würden, könnten die Folge sein. Ein solches Projekt würde nicht nur enorme politische Kapazitäten binden, sondern könnte das Vertrauen in die Verlässlichkeit demokratischer Entscheidungsprozesse untergraben, da es einen radikalen Bruch mit der mühsam erarbeiteten Identität Deutschlands als Zivilmacht darstellt. Zudem würde die notwendige Geheimhaltung und die Militarisierung der Forschung das offene Wissenschaftssystem belasten. Eine Nuklearisierung würde zudem international zu einem gravierenden Reputationsschaden führen, der ökonomische Nachteile nach sich ziehen könnte. Das Unterfangen könnte internationale Sanktionen auslösen oder zumindest eine Verschlechterung der Handelsbedingungen zur Folge haben.

Ø RECHT

Der völkerrechtliche und innerstaatliche Rahmen Deutschlands stellt faktisch eine unüberwindbare Hürde für den Aufbau einer nationalen Atommacht dar. Ein solches Vorhaben würde gegen mehrere Ebenen des Rechts verstoßen, die das Fundament und die Identität der Bundesrepublik bilden.

International ist Deutschland durch den NVV rechtlich gebunden, niemals Atomwaffen zu besitzen oder zu entwickeln. Ein Ausstieg würde Deutschland Reputationskosten verursachen und könnte die historische Angst vor dem deutschen Militarismus neu entfachen. Noch spezifischer ist der Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990, der die völkerrechtliche Grundlage für die deutsche Wiedervereinigung bildet. In Artikel 3 verzichtet Deutschland explizit und unwiderruflich auf den Besitz von atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Ein Bruch dieses Vertrages würde die völkerrechtliche Basis der deutschen Einheit infrage stellen und könnte theoretisch die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs (darunter eben auch Russland) dazu berechtigen, den Status Deutschlands neu zu bewerten. Auf europäischer Ebene würde zudem ein Verstoß gegen den Euratom-Vertrag vorliegen, der die rein friedliche Nutzung der Kernenergie innerhalb der EU vorschreibt.

Ø PRAKT

Der Aufbau einer militärisch relevanten (und nicht bloß symbolischen) nuklearen Abschreckung würde Deutschland vor technologische und operative Herausforderungen stellen, die über Jahre hinweg enorme Ressourcen verschlingen würden. Um ein Arsenal zu schaffen, das gegen eine nukleare Großmacht wie Russland als glaubwürdig gilt, müsste Deutschland eine vollständige nukleare Triade oder zumindest eine hochgradig überlebensfähige Zweitschlagkapazität entwickeln.

Eine rein landgestützte Abschreckung in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland ist für einen Gegner wie Russland mutmaßlich leicht zu lokalisieren und durch einen Erstschlag zu neutralisieren. Daher müsste Deutschland zwingend auf die See-Komponente setzen, bestehend aus mehreren strategischen U-Booten. Diese müssten in der Lage sein, monatelang unentdeckt in tiefen Gewässern zu operieren. Ohne diese maritime Komponente bliebe das deutsche Arsenal ein „use-it-or-lose-it“-Ziel, das in einer Krise eher zur Eskalation führte als zur Abschreckung beitrüge.

Da Deutschland seit Jahrzehnten auf die nukleare Teilhabe der NATO und US-Systeme setzt, fehlt die gesamte nationale Infrastruktur für den Bau von Sprengköpfen und Trägersystemen. Eine effektive Abschreckungsfähigkeit erfordert die Produktion

von hochangereichertem Uran oder Plutonium in militärischer Qualität, was den Bau spezialisierter Anreicherungs- und Wiederaufbereitungsanlagen voraussetzt. Da reale Kernwaffentests politisch und völkerrechtlich ausgeschlossen sind, müsste Deutschland zudem Milliarden in laserbasierte Simulationsanlagen und Supercomputing investieren, um die Funktionsfähigkeit neuer Sprengkopfdesigns rein virtuell zu prüfen.

Nuklearwaffen sind, wie oben bereits ausgeführt, auch ohne ein System aus Sensorik und Befehlsgewalt wertlos. Deutschland müsste ein eigenes, weltraumgestütztes Frühwarnsystem mit Infrarotsatelliten aufbauen, um Raketenstarts in Echtzeit zu erkennen. Die dazugehörige Führungsstruktur müsste gegen elektromagnetische Impulse und gezielte Enthauptungsschläge immun sein. Dies erfordert tief verbunkerte Gefechtsstände und redundante Kommunikationswege, die bis zu getauchten U-Booten reichen. Die operative Herausforderung, ein solches System so sicher zu gestalten, dass weder Fehlstarts durch technische Defekte noch unautorisierte Zugriffe möglich sind, bei gleichzeitiger Sicherstellung der sofortigen Einsatzbereitschaft, ist eine der komplexesten Aufgaben der modernen Militärtechnik.

Ø FINANZ

Ähnlich wie für Europa wäre die Entwicklung einer zuverlässigen nuklearen Abschreckung enorm kostspielig und würde massive Investitionen begrenzter Ressourcen erfordern. Rein finanzmathematisch betrachtet wäre der Aufbau einer eigenständigen deutschen Nuklearmacht theoretisch finanzierbar. Deutschland hat in den letzten Jahren bereits zwei „Sondervermögen“ in Höhe von 600 Milliarden Euro bereitgestellt (100 Milliarden Euro für die Bundeswehr, 500 Milliarden Euro für die Infrastruktur) und gleichzeitig die Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben aufgehoben (Deutschlandfunk 2025). Trotzdem würden die immensen Kosten für Forschung, Entwicklung und den Unterhalt einer wirksamen Nuklearstreitmacht nahezu zwangsläufig dazu führen, dass Mittel für konventionelle Fähigkeiten in allen Dimensionen massiv gekürzt werden oder nicht aufgebaut werden könnten. Deutschland liefe Gefahr, eine nuklear reiche, aber konventionell arme Armee zu haben.

Die Finanzierung eines Nuklearprogramms würde auch den ohnehin angespannten öffentlichen Haushalt vor eine Zerreißprobe stellen. Um die erforderlichen Summen inklusive der enormen Zinslasten zu mobilisieren, müssten wahrscheinlich heftige Kürzungen im Sozialsystem, bei der Rentenfinanzierung oder im Bildungssektor vorgenommen werden. In einem Land mit alternder Bevölkerung und dringendem Sanierungsbedarf in der Infrastruktur würde dies den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit

die Demokratie in Gefahr bringen. Zudem wären hochqualifizierte Fachkräfte aus den Bereichen Physik, künstlicher Intelligenz und Ingenieurwesen in der Rüstungsforschung gebunden, anstatt die dringend benötigte Energiewende oder die bislang verzögerte Digitalisierung der deutschen Wirtschaft voranzutreiben. Die ökonomischen Opportunitätskosten wären ein langfristiger Verlust an globaler Wettbewerbsfähigkeit und ein Absinken des allgemeinen Wohlstands.

BEWERTUNG

START <i>Strategischer Vorteil?</i>	NEIN · Kontraproduktiv für die Abschreckung (könnte Deutschland zum Ziel von Präventivaggressionen machen) · Kontraproduktiv für die Sicherheit (könnte Deutschland Grauzonen- und konventionellen Bedrohungen aussetzen) · Kontraproduktiv für internationale Beziehungen (könnte Deutschland isolieren und es zum Pariastaat machen) · Kontraproduktiv für den sozialen Zusammenhalt und die demokratische Stabilität (könnte zu sozialen Verwerfungen führen)
RECHT <i>Rechtsgemäß?</i>	UNWAHRSCHEINLICH · Schwerwiegende rechtliche Probleme auf mehreren Ebenen
PRAKT <i>Umsetzbar?</i>	UNWAHRSCHEINLICH · Massive technische und operative Hürden
FINANZ <i>Bezahlbar?</i>	UNWAHRSCHEINLICH · Enorme Kosten, die den Haushalt belasten und den Lebensstandard verschlechtern würden

Ein deutsches Atomwaffenprogramm ist derzeit eine Außenseiteridee, die dem Konsens in der politischen Klasse widerspricht und die keinen Zuspruch in der Bevölkerung findet. Daran dürfte sich nichts ändern. Diese Studie hat gezeigt, dass das Streben nach einer deutschen nuklearen Abschreckung grundlegend irregeleitet wäre. Erstens würde jeder spekulativ anzunehmende Vorteil einer autarken Abschreckung in ferner Zukunft durch die unmittelbaren Risiken von Präventivschlägen Russlands, einer strategischen Entkopplung von den USA, diplomatischer Isolation (und eventueller Sanktionen) durch die internationale Gemeinschaft sowie zunehmenden Spannungen in Europa zunichtegemacht. Zusammengefasst würde ein nationaler Alleingang Deutschlands Sicherheit gefährden und sein globales Ansehen schwächen.

Zweitens würde die Vorgehensweise eindeutig gegen völkerrechtliche Verträge, geltende Gesetze und Normen verstoßen. Deutschland müsste aus dem NVV austreten, um ein Vorgehen zu ermöglichen, das mit erheblichen Reputationsschäden verbunden wäre. Darüber hinaus würde der Weg hin zu Atomwaffen auf enorme praktische Hürden stoßen, die Deutschland an seine technischen Grenzen bringen und seinen Haushalt erschöpfen würden. Während der erfolgreiche Erwerb von Atomwaffen Deutschland den Status einer Großmacht verleihen könnte, würde er unausbleiblich eine Neuausrichtung der politischen Prioritäten erforderlich machen, die den Charakter des Landes und die Werte, für die es seit dem Zweiten Weltkrieg steht, erheblich verändern würde.

4. Fazit und Empfehlungen

Die Wahrnehmung einer sich verschlechternden Sicherheitslage, insbesondere im Hinblick auf Russland, und einer Destabilisierung der Beziehungen zu den USA hat Europa dazu veranlasst, eine größere strategische Autonomie in Betracht zu ziehen, auch im sensiblen Bereich der nuklearen Abschreckung. Hinsichtlich des Letzteren haben sich drei grundsätzliche Möglichkeiten herauskristallisiert.

Die erste Option ist die Errichtung eines französisch-britischen nuklearen Schutzschirms über Europa. Diese Option hat die größte Aufmerksamkeit hochrangiger europäischer Politiker auf sich gezogen, darunter auch das ausdrückliche Interesse von Bundeskanzler Merz. Von allen in dieser Studie berücksichtigten Optionen ist diese die praktikabelste und wirft die wenigsten rechtlichen Bedenken auf. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Schritt verfolgt werden sollte. Es ist fraglich, ob ein solcher Schutzschirm die bestehende US-Abschreckung wirksam ergänzen würde, und er wäre mit Sicherheit ein mangelhafter Ersatz dafür. Darüber hinaus würde dies Europas wahrscheinlichste Sicherheitsbedrohungen nicht beseitigen: Ein französisch-britischer Schutzschirm wäre auf die Abschreckung eines größeren strategischen nuklearen Angriffs ausgerichtet und würde Europa anfällig für konventionelles und im Grauzone der hybriden Kriegsführung stattfindendes Austesten vor allem an der Ostflanke machen. Genau hier sind jedoch die Risiken für Europa am höchsten. Angesichts der erforderlichen Kosten und praktischen Herausforderungen sowie der damit verbundenen Risiken ist der strategische Vorteil dieser Maßnahme derzeit alles andere als eindeutig.

Die zweite Option sieht vor, dass Europa eine eigene, unabhängige nukleare Abschreckung aufbaut, entweder durch die Europäisierung der bestehenden französischen und britischen Arsenale oder durch die Entwicklung eines von diesen unabhängigen europäischen Atomwaffenprogramms. Diese Option könnte eventuell eine europaweite nukleare Abschreckung glaubwürdiger machen, hätte aber einen enormen Preis, der die europäische Sicherheit eher untergraben als stärken könnte. Neben der weiteren Destabilisierung der Beziehungen zu Russland und der potenziellen Provokation eines Präventivschlags würde dieser Schritt bestehende Rechtsrahmen

schwerwiegend verletzen, dem nuklearen Nichtverbreitungsregime einen schweren, eventuell sogar finalen Schlag verpassen, erhebliche Reputationschäden verursachen (die möglicherweise Sanktionen und diplomatische Isolation nach sich ziehen würden), die europäischen Haushalte belasten, interne Spaltungen verschärfen, soziale Unruhen auslösen und Europas langfristige Wettbewerbsfähigkeit gefährden. Darüber hinaus könnten gewaltige technische und logistische Herausforderungen die europäischen Kapazitäten übersteigen.

Die dritte Option ist die Entwicklung einer nationalen deutschen Atomstreitmacht. Dies ist die unwahrscheinlichste und zugleich die unsinnigste Option. Die Entwicklung einer nuklearen Fähigkeit würde Deutschland sofort zum potentiellen Ziel russischer Aggression machen und zu einem erheblichen Reputationsverlust führen. Der Schritt könnte die Legitimität des modernen, geeinten deutschen Staates infrage stellen, sogar seine rechtliche Basis (Zweipus-Vier-Vertrag) unterhöhlen und wahrscheinlich zu schweren innenpolitischen Spaltungen führen. Er wäre zudem immens kostspielig und würde wahrscheinlich nur äußerst schwer zu überwindende technische, praktische und operative Hindernisse mit sich bringen. In jeder Hinsicht wäre diese Option nachteilig.

Unter Berücksichtigung der Bewertungen aller einzelnen Optionen kommt diese Studie zu dem Schluss, dass massive Investitionen begrenzter Ressourcen in eine nukleare Abschreckung strategisch nicht begründbar sind. Trotz der aktuellen, auch massiven, transatlantischen Kontroversen und Spannungen scheint kein US-amerikanischer Rückzug aus Europa unmittelbar bevorzustehen. Darüber hinaus könnte ein solcher Schritt kontraproduktiv für die europäische Sicherheit wirken und eine gefährliche Eskalation einleiten (vor allem im Falle der Optionen 2 und 3). Stattdessen empfiehlt die Studie folgende alternativen politischen Schritte, um zu einem Mehr an Sicherheit zu gelangen:

Erstens: Um die Abschreckung zu stärken, sollte Europa zunächst eine leistungsfähige und glaubwürdige Strategie der „deterrence by denial“ (vor allem an der Ostflanke) verfolgen und dabei den Aufbau einer

integrierten konventionellen Streitmacht priorisieren. Dies könnte die Umsetzung von Maßnahmen aus dem EU-Plan „Readiness 2030“ umfassen, wie etwa die Schließung wichtiger Lücken in den konventionellen Fähigkeiten sowie die Verbesserung militärischer Mobilität und effizienter Rüstungsbeschaffung (Europäische Kommission 2025b). Es ist außerdem wichtig festzuhalten, dass „Kriege heutzutage zunehmend in der Grauzone geführt werden“ (Atlantic Council 2022). Europa sollte in Maßnahmen investieren, um seine militärische und zivile Infrastruktur gegen hybride Bedrohungen, wie beispielsweise Cyberangriffe auf Stromnetze, zu stärken. Durch die Integration und Verbesserung seiner konventionellen Kapazitäten und die Stärkung seiner Widerstandsfähigkeit gegenüber irregulären und hybriden Bedrohungen kann Europa seine Sicherheit erhöhen, ohne massiv in eine nukleare Abschreckung mit begrenztem Nutzen investieren zu müssen.

Zweitens: Europas sicherster Weg zu langfristiger und nachhaltiger Sicherheit liegt in der Schaffung eines stabilen und weniger feindseligen Umfelds auf dem europäischen Kontinent. Wie die Palme-Kommission von 1982 nahelegt, lässt sich Sicherheit am besten durch gemeinsame Initiativen mit potenziellen Gegnern statt durch konfrontativen Wettbewerb erreichen (Independent Commission on Disarmament and Security Issues 1982). Daher sollten alle Maßnahmen zur Stärkung der Abschreckung und zur Unterstützung der Ukraine durch Maßnahmen zur Deeskalation der Spannungen mit Russland ergänzt werden. Dies kann durch Diplomatie, vertrauensbildende und sicherheitsfördernde Maßnahmen sowie die Zusammenarbeit in Fragen von gemeinsamem Interesse, wie dem Schutz der Arktis, der Weltraumsicherheit und dem Klimawandel, geschehen – eventuell im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Kooperation in Europa. Eine solche Deeskalation könnte Europa in die Lage versetzen, sich stärker für Rüstungskontrolle anstatt eines verstärkten Wettrüstens einzusetzen, was letztlich zu mehr Sicherheit für Europa führen würde.

Drittens: Wenn Europa mehr Autonomie anstrebt, sollte es sich zu einem unabhängigen und integren Pol im zunehmend multipolaren internationalen System entwickeln. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat sich Europa einen Ruf als normativer Vorreiter und Verfechter der Menschenrechte und des Völkerrechts erworben. Diese Reputation ist jedoch in letzter Zeit durch die „selektive Anwendung

des Völkerrechts“ und eine „offensichtliche Doppel-moral“ gegenüber Verbündeten wie den USA und Israel im Vergleich zu Gegnern wie Russland und Iran beschädigt worden (Dempsey 2024). Anstatt sein Image durch eine fragwürdige Nuklearpolitik und ein fieberhaftes Wettrüsten weiter zu schädigen, sollte Europa zu seinen Grundwerten zurückkehren und versuchen, sein globales Ansehen wiederherzustellen, indem es die Anwendung und Einhaltung internationaler Gesetze und Normen für alle gleichermaßen einfordert und dabei selbstredend diese selbst befolgt.

Zusammengefasst kommt diese Studie zu den untenstehenden Ergebnissen und Empfehlungen:

1. Nuklearisierung unnötig und mit hoher Wahrscheinlichkeit kontraproduktiv:

Nach Abwägung strategischer, rechtlicher, praktischer und finanzieller Faktoren zeigt sich: Eine unabhängige europäischer Nuklearabschreckung ist derzeit nicht notwendig und würde sogar kontraproduktiv wirken.

2. Stärkung konventioneller Abschreckung und Widerstandsfähigkeit in der Grauzone:

Europa sollte sich auf geeignete Maßnahmen konzentrieren, um seine konventionelle Abschreckungsfähigkeit zu gewährleisten und seine Widerstandsfähigkeit gegenüber potenziellen irregulären Aggressionen im Bereich hybrider Kriegsführung zu stärken.

3. Deeskalation und gemeinsame Sicherheit:

Eine robuste und nachhaltige Sicherheit in Europa wird am besten durch stabile Beziehungen zwischen allen Akteuren auf dem Kontinent gewährleistet. Neben Schritten, um eine konventionelle Abschreckungsfähigkeit sicherzustellen, sollte Europa auch Diplomatie und vertrauensbildende Maßnahmen nutzen, um Spannungen abzubauen und so den Weg für Rüstungskontrolle und letztendlich ein kooperativeres Sicherheitsumfeld in der Zukunft zu ebnen.

4. Mehr Autonomie und Wiederherstellung

normativer Führung: Im Streben nach größerer Autonomie sollte Europa auch seine Rolle als Verfechter des Völkerrechts und internationaler Normen wieder stärken. Dies bedeutet, auf fragwürdige nukleare Ambitionen und Panik-getriebenes Wettrüsten zu verzichten und gleichzeitig normativen Werten wieder eine zentrale Rolle bei der Politikgestaltung einzuräumen.

Literaturverzeichnis

Allard, Leonie (2025): Reading Between the Lines of the New France-UK Nuclear Entente, Atlantic Council, 16. Juli, <https://www.atlanticcouncil.org/blogs/new-atlanticist/reading-between-the-lines-of-the-new-france-uk-nuclear-entente/>.

Anadolu Agency (2025): Germany's Merz says He's Open to Discussing European Nuclear Umbrella, 01. Juli, <https://www.aa.com.tr/en/europe/germanys-merz-says-hes-open-to-discussing-european-nuclear-umbrella/3618809>.

Anghel, Veronica und Giuseppe Spatafora (2026): Global Risks to the EU in 2026: What are the main conflict threats for Europe? European Union Institute for Security Studies. <https://www.iss.europa.eu/publications/commentary/global-risks-eu-2026-what-are-main-conflict-threats-europe>.

Atlantic Council (2022): Today's Wars Are Fought in the Gray Zone, 23. Februar, <https://www.atlantic-council.org/blogs/new-atlanticist/todays-wars-are-fought-in-the-gray-zone-heres-everything-you-need-to-know-about-it/>.

Barry, Ben, Douglas Barrie, Henry Boyd, Nick Childs, Michael Gjerstad, James Hackett, Fenella McGerty, Ben Shreer, und Tom Waldwyn (2025): Defending Europe Without the United States: Costs and Consequences, Institute for International and Strategic Studies, 15. Mai, <https://www.iiss.org/research-paper/2025/05/defending-europe-without--the-united-states-costs-and-consequences/>.

Bellows, Alan (2006): Dial-a-Yield Nukes: Regular or Extra Crispy, Damn Interesting, Februar, <https://www.damninteresting.com/curio/dial-a-yield-nukes-regular-or-extra-crispy/>.

Bergmann, Max (2025): Transatlantic Relations Under Trump, Center for Strategic and International Studies, 06. Oktober, <https://www.csis.org/analysis/transatlantic-relations-under-trump-uneasy-peace>.

Berry, Ben (2021): British Army Heavy Division Comes Up Light, International Institute for Strategic Studies, 08. Januar, <https://www.iiss.org/online-analysis/military-balance/2021/01/british-army-heavy-division/>.

Betschka, Julius, Stephan Haselberger und Christopher Ziedler (2024): Verteidigungsminister im Interview, Tagesspiegel, 19. Januar, <https://www.tagesspiegel.de/politik/boris-pistorius-uber-die-kriegsgefahr-ich-will-unsere-gesellschaft-wachrutteln-11070250.html>.

Bond, Ian und Luigi Scazzieri (2022): The EU, NATO and European Security in a Time of War, Centre for European Reform, 05. August, <https://www.cer.eu/publications/archive/policy-brief/2022/eu-na-to-and-european-security-time-war>.

Borutta, Julia (2025): Es soll ein Neustart werden, Tagesschau, 07. Mai, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/merz-macron-108.html>.

Bundesregierung (2022): Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/archiv-bundesregierung/regierungserklaerung-von-bundestkanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>.

Burilkov, Alexandr und Guntram B. Wolff (2025): Defending Europe Without the US: First Estimates of What is Needed, Bruegel, 21. Februar, <https://www.bruegel.org/analysis/defending-europe-without-us-first-estimates-what-needed>.

Cameron, James (2025): Eurodeterrent: A Vision for an Anglo-French Nuclear Force, War on the Rocks, 31. März, <https://warontherocks.com/2025/03/eurodeterrent-a-vision-for-an-anglo-french-nuclear-force/>.

Campaign for Nuclear Disarmament (2018): The Costs of Replacing Trident, <https://cnduk.org/wp-content/uploads/2018/02/Costs-2016-web.pdf>.

Cattler, David (2025): What the US National Security Strategy Really Signals for Europe, International Centre for Defence and Security, 08. Dezember, <https://icds.ee/en/what-the-new-us-national-security-strategy-really-signals-for-europe/>.

Chevreuil, Astrid (2026): Macron's Île-Longue Speech: Updating France's Nuclear Doctrine for a New Era, Center for Strategic and International Studies, 4. März, <https://www.csis.org/analysis/macrons-ile-longue-speech-updating-frances-nuclear-doctrine-new-era>.

Connolly, Kate (2025): Germany to Reach Out to France and UK Over Sharing of Nuclear Weapons, The Guardian, 09. März, <https://www.theguardian.com/world/2025/mar/09/germany-to-reach-out-to-france-and-uk-over-sharing-of-nuclear-weapons>.

Dempsey, Judy (2024): Has the War in Gaza Irreversibly Damaged Europe's Credibility, Carnegie Europe, 14. März, <https://carnegieendowment.org/europe/strategic-europe/2024/03/judy-asks-has-the-war-in-gaza-irreversibly-damaged-europes-credibility?lang=en>.

Deyl, Daniel (2025): France's Defence Ambitions Strained by Fiscal Reality, EU Perspectives, 10. Juni, <https://euperspectives.eu/2025/06/france-defence-spending/>.

Deutschlandfunk (2025): Bei den Staatsfinanzen wird geklotzt, nicht gekleckert, 22. März, <https://www.deutschlandfunk.de/deutschland-bundeswehr-infrastruktur-schuldenbremse-sondervermoe-gen-102.html>.

Diviney, Bill und Sonia Renoult (2025): The Ugly Contest: Can France Dig Itself Out of a Fiscal Hole, ABN AMRO, 06. November, <https://www.abnamro.com/research/en/our-research/the-ugly-contest-part-i-can-france-dig-itself-out-of-a-fiscal-hole>.

Ducourtieux, Cecile, Philippe Richard und Elise Vincent (2025): L'extension du Parapluie Nucléaire Français et Britannique en Europe Suscite un Intérêt Grandissant de la Part des Alliés, Le Monde, 04. März, https://www.lemonde.fr/international/article/2025/03/04/l-extension-du-parapluie-nucleaire-francais-et-britannique-en-europe-suscite-un-interet-grandissant-de-la-part-des-allies_6576-313_3210.html.

Elysee (2020): Discours du Président Emmanuel Macron sur la stratégie de défense et de dissuasion devant les stagiaires de la 27ème promotion de l'école de guerre, 07. Februar, <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2020/02/07/discours-du-president-emmanuel-macron-sur-la-strategie-de-defense-et-de-dissuasion-devant-les-stagiaires-de-la-27eme-promotion-de-lecole-de-guerre>.

Europäische Kommission (2025a): 2025 State of the Union Address by President von der Leyen, 10. September, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_25_2053.

Europäische Kommission (2025b): Introducing the White Paper for European Defence and the ReArm Europe Plan – Readiness 2030, 23. Dezember, https://defence-industry-space.ec.europa.eu/eu-defence-industry/white-paper-european-defence-readiness-2030_en.

European Central Bank (2025): Green Investment Needs in the EU and Their Funding, https://www.ecb.europa.eu/press/economic-bulletin/articles/2025/html/ecb.ebart202501_03~90ade39a4a.en.html.

Freie Demokraten (2024): Europa muss sich selbst verteidigen können, 14. Februar, <https://www.fdp.de/europa-muss-sich-selbst-verteidigen-koennen>.

Fuest, Clemens und Carsten Matthäus (2025): Höherer Verteidigungsetat erfordert massive Einschnitte in öffentlichen Haushalten, ifo Institut, 29. Januar, <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2025-01-29/hoeherer-verteidigungsetat-erfordert-massive-einschnitte-oeffentlichen>.

Furlong, Ray und Yauhen Lehalau (2025): Why Are So Many Leaders Warning of War with Russia? 24. Dezember, <https://www.rferl.org/a/rutte-pistorius-warning-war-russia/33630822.html>.

Gressel, Gustav (2016): The Dangerous Decade: Russia-NATO Relations 2014 to 2024, European Council on Foreign Relations, 05. Juli, https://ecfr.eu/article/commentary_the_dangerous_decade_russia_nato_relations_2014_to_2024/.

Gwadera, Zuzsanne (2025): Russia's Burevestnik and Poseidon Tests, Center for Strategic and International Studies, 20 November, <https://www.iiss.org/online-analysis/missile-dialogue-initiative/2025/11/russias-burevestnik-and-poseidon-tests/>.

Hayashi, Mika (2021): NATO's Nuclear Sharing Arrangements Revisited in Light of the NPT and TPNW, Journal of Conflict & Security Law, 26(3), 471 – 491.

Hood, Anna (2025): The Nuclear Non-Proliferation Treaty's Gordian Knot: The Intractable Problem of the Legality of Nuclear Sharing, International and Comparative Law Journal, 74, 349 – 376.

Independent Commission on Disarmament and Security Issues (1982): Common Security: A Blueprint for Survival, https://nejtiloprustning.dk/wp-content/uploads/2025/01/The-Independent-Commission-on-Disarmament-and-Security-Issues-Common-Security_-A-Blueprint-For-Survival-Simon-Schuster-1982.pdf.

Institute for International and Strategic Studies (2025): The Northwood Declaration: UK-France Nuclear Cooperation and a New European Strategic Backstop, September, <https://www.iiss.org/publications/strategic-comments/2025/09/the-northwood-declaration-uk-france-nuclear-cooperation-and-a-new-european-strategic-backstop/>.

Goury-Laffont, Victor, Laura Kayali und Sarah Paillou (2025): Welfare vs. Warfare: France's Political Parties Divided Over Cash for Defense, Politico, 11. März, <https://www.politico.eu/article/france-russia-defense-welfare-vs-warfare-political-parties-divided/>.

Irish, John (2025): How Realistic Is France's Offer to Extend Its Nuclear Umbrella, Reuters, 06. März, <https://www.reuters.com/world/europe/how-realistic-is-frances-offer-extend-its-nuclear-umbrella-2025-03-06/>.

Ismar, Georg (2026): Braucht Deutschland die Bombe? Süddeutsche Zeitung, 11. Januar, <https://www.sueddeutsche.de/politik/atombombe-usa-verteidigung-deutschland-bundeswehr-groenland-li.3365668>.

Jack, Victor und Laura Kayali (2025): Europe Thinks the Unthinkable: Retaliating Against Russia, Politico, 27. November, <https://www.politico.eu/article/europe-thinks-the-unthinkable-retaliating-against-russia-nato-cyber-hybrid/>.

Kayali, Laura und Chris Lundry (2025): Paris and Berlin to Discuss French Nukes' Role in Europe, Politico, 29. August, <https://www.politico.eu/article/france-germany-open-strategic-dialogue-nuclear-weapons-emmanuel-macron-friedrich-merz/>.

Kayali, Laura und Jakob Weizman (2025): Poland, Denmark Open to Macron's Nuclear Deterrent Proposal, Politico, 06 März, <https://www.politico.eu/article/poland-denmark-open-france-macron-nuclear-proposal-nato/>.

Kristensen, Hans M., Matt Korda und Eliana Johns (2023): Nuclear Notebook: French Nuclear Weapons, Bulletin of Atomic Scientists, 17. Juli, <https://thebulletin.org/premium/2023-07/nuclear-notebook-french-nuclear-weapons-2023/>.

Kristensen, Hans M., Matt Korda, Eliana Johns und MacKenzie Knight-Boyle (2024): United Kingdom Nuclear Weapons, Bulletin of Atomic Scientists, November 12, <https://thebulletin.org/premium/2024-11/united-kingdom-nuclear-weapons-2024/>.

Kusnetsov, Evgeny (2016): The Multilateral Force Debates, Centre Virtuel de la Connaissance sur l'Europe, 09. Juli, https://www.cvce.eu/content/publication/1999/1/1/937a5818-7fea-47da-944e-1114da4e0a3/publishable_en.pdf.

Leubecher, Marcel (2022): „Brandgefährlich“ – Grüne und SPD strikt gegen europäische Nuklear-Abschreckung, Welt, 24. Juli, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus240095403/Atomare-Verteidigung-Brandgefaehrlich-Grueene-und-SPD-strikt-gegen-europaeische-Nuklear-Abschreckung.html>.

Machi, Vivienne (2023): Macron Sends \$438 Billion Military Budget Plan to French Parliament, Defense News, 04. April, <https://www.defensenews.com/global/europe/2023/04/04/macron-sends-438-billion-military-budget-plan-to-french-parliament/>.

Mammaldi, Sabina (2025): NATO Chief Says US Nuclear Umbrella Guarantees Europe's Security, Caliber, 23. Dezember, <https://caliber.az/en/post/nato-chief-says-us-nuclear-umbrella-guarantees-europe-s-security>.

Mayer, Paul (2025): Comparing Nuclear Doctrines: Could France and the UK Replace US Nuclear Deterrence in NATO, Security Outlines, 04. November, <https://securityoutlines.cz/comparing-nuclear-doctrines-could-france-and-the-uk-replace-u-s-deterrence-in-nato/>.

Mearsheimer, John J. (2001): The Tragedy of Great Power Politics, W.W. Norton & Company.

Meier, Anton (2025): „Paris for Berlin“ Is Better: A Case for Strengthening Europe's Nuclear Deterrence, Geopolitical Monitor, 03. Juli, <https://www.geopoliticalmonitor.com/paris-for-berlin-is-better-a-case-for-strengthening-europes-nuclear-deterrence/>.

Support – But There Are No Other Easy Alternatives, Chatham House, 16. April, <https://www.chathamhouse.org/2025/03/uks-nuclear-deterrent-relies-us-support-there-are-no-other-easy-alternatives>.

NATO (2025): Keynote Speech By Secretary General Mark Rutte, 11. Dezember, <https://www.nato.int/en/news-and-events/events/transcripts/2025/12/11/keynote-speech-by-nato-secretary-general-mark-rutte-and-moderated-discussion-with-the-minister-for-foreign-affairs-of-germany-johann-wadephul>.

Nuti, Leopoldo (1998): The F-I-G Story Revisited, Storia Delle Relazioni Internazionali 13(1), 69 – 100.

O'Driscoll, Mervyn (1998): „Les Anglo Saxons“, F-I-G and the Rival Conceptions of „Advanced“ Armaments Research and Development Co-operation in Western Europe, 1956 – 1958. Journal of European Integration History 4(1): 105 – 130.

Pisani-Ferry, Jean und Simone Tagliapietra (2024): An Investment Strategy to Keep the European Green Deal on Track, Bruegel, 02. Dezember, <https://www.bruegel.org/policy-brief/investment-strategy-keep-european-green-deal-track>.

Possoch, Dominic (2025): Deutsche Atomwaffen? „Nicht pauschal ausschließen“, BR24, 20. März, <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/so-f-deutsche-atomwaffen-nicht-pauschal-ausschliessen,UftumDn>.

République Française (1995): Déclaration conjointe franco britannique sur la coopération nucléaire entre les deux pays, 30 Oktober, <https://www.vie-publique.fr/discours/132220-declaration-conjointe-franco-britannique-sur-la-cooperation-nucleaire-en>.

Ruitenbergh, Rudy (2025): France Updates Submarine-Launched Nuclear Missile Amid Arms Race, Defense News, 28. Oktober, <https://www.defensenews.com/global/europe/2025/10/28/france-updates-submarine-launched-nuclear-missile-amid-arms-race/>.

Sangha, Shaina (2025): UK Defence Spending, Institute for Government, 23. April, <https://www.instituteforgovernment.org.uk/explainer/uk-defence-spending>.

Sechser, Todd S. (2016): Sharing the Bomb: How Foreign Nuclear Deployments Shape Nonproliferation and Deterrence, *The Nonproliferation Review*, 23(3 – 4), 443 – 458.

Schofield, Hugh (2025): Why France Is At Risk of Becoming the New Sick Man of Europe, BBC, 03. Oktober, <https://www.bbc.com/news/articles/cvg9n6vr2eyo>.

Smith, Matthew (2026): Are Britons Willing to Rebuild UK National Power, YouGov, 03. Februar, <https://yougov.co.uk/politics/articles/54010-are-britons-willing-to-rebuild-uk-national-power>.

Spiegel Politik (2025): Spahn will Atomwaffen in Frankreich und Großbritannien mitfinanzieren, 06. September, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/jens-spahn-fuer-mitfinanzierung-von-atomwaffen-in-frankreich-und-grossbritannien-a-6bc5a744-5289-47ba-909b-d7d3d980fbaf>.

Spiegel Ausland (2025): Russland stationiert Oreschnik-Raketen in Belarus, 18. Dezember, <https://www.spiegel.de/ausland/ukraine-krieg-russland-stationiert-oreschnik-raketen-in-belarus-a-b3badcf4-8998-4bbb-8b85-2cd1768ec4c2>.

Stacey, Kiran und Morgan Ofori (2025): Europe Should Reduce US and China "Dual Dependencies", Macron Warns, *The Guardian*, 08. Juli, <https://www.theguardian.com/world/2025/jul/08/europe-should-reduce-us-and-china-dual-dependencies-macron-warns>.

Stempel, Michael (2025): Nukleare Abschreckung für ganz Europa, *Tagesschau*, 27. April, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/frankreich-deutschland-atomschirm-100.html>.

Tagesschau (2025): „Die USA stehen nicht mehr an der Seite der Europäer“, 08. Dezember, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/us-sicherheitsstrategie-reaktionen-100.html>.

TASS (2025): Russia to Consider UK-France Nuclear Partnership in Military Planning, 10. Juli, <https://tass.com/politics/1988021>.

The White House (2017): National Security Strategy of the United States of America, Dezember, <https://trumpwhitehouse.archives.gov/wp-content/uploads/2017/12/NSS-Final-12-18-2017-0905.pdf>.

The White House (2022): National Security Strategy of the United States of America, 12. Oktober, <https://bidenwhitehouse.archives.gov/wp-content/uploads/2022/10/Biden-Harris-Administrations-National-Security-Strategy-10.2022.pdf>.

The White House (2025): National Security Strategy of the United States of America, November, <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf>.

US Office of the Historian (1961): Memorandum of Conversation, 31. Mai, <https://history.state.gov/historicaldocuments/frus1961-63v14/d30>.

US Department of War (2026): National Defense Strategy, 23. Januar, <https://media.defense.gov/2026/Jan/23/2003864773/-1/-1/0/2026-NATIONAL-DEFENSE-STRATEGY.PDF>.

van Hooft, Paul (2025): Nuclear Deterrence: Can Britain and France Take On America's Role in Defending Europe Against Russian Aggression, RAND Corporation, 19 März, <https://www.rand.org/pubs/commentary/2025/03/nuclear-deterrence-can-britain-and-france-take-on-americas.html>.

Vicente, Aderito (2024): Why Europe Needs a Nuclear Deterrent: A Critical Assessment, Wilfried Martens Centre for European Studies, 01. Oktober, <https://www.martenscentre.eu/publication/why-europe-needs-a-nuclear-deterrent-a-critical-appraisal/>.

Waltz, Kenneth N. (1979): *Theory of Great Power Politics*, McGraw-Hill.

Weiske, Cosima (2024): Manfred Weber: „Brauchen die europäische Atomwaffe“, *BR24*, 09. Mai, <https://www.br.de/nachrichten/bayern/manfred-weber-brauchen-die-europaeische-atomwaffe,UCCOqyF>.

West, Lisa (2025): UK Confirms New Astraea Nuclear Warhead Progressing, *UK Defence Journal*, 21. Oktober, <https://ukdefencejournal.org.uk/uk-confirms-new-astraea-nuclear-warhead-progressing/>.

Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags (2017): Völkerrechtliche Verpflichtungen Deutschlands beim Umgang mit Kernwaffen, WD 2 – 3000 – 013 – 17, 23. Mai, <https://www.bundestag.de/resource/blob/513080/c9a903735d5ea334181c2f946d2cf8a2/wd-2-013-17-pdf-data.pdf>.

Wolford, Zsafia, Elizabeth Moisan, Thomas Kenchington, Catherine Galley, Clara Le Gargasson (2025): Evolving Russian Perceptions of the British and French Nuclear Deterrents, RAND Corporation, 22. Juli, https://www.rand.org/pubs/research_reports/RRA3900-1.html.

Endnoten

- 1 In den 1950er Jahren schlug die französische Regierung vor, Kooperationen unter Frankreich, Italien und Westdeutschland (die sogenannte „F-I-G Partnerschaft“) zur eigenständigen Entwicklung fortgeschrittener Waffensysteme (darunter Nuklearwaffen), unabhängig von jeglicher Sicherheitskooperation mit den USA. Eine historische Erläuterung findet sich in (O'Driscoll 1998). Auch Westdeutschland hat die Beschaffung eigener Atomwaffen zum Schutz gegen die Sowjetunion in Erwägung gezogen (Ismar 2026).
- 2 In der nuklearen Abschreckung bezeichnet Glaubwürdigkeit die Überzeugung des Gegners, dass eine Abschreckungsdrohung tatsächlich umgesetzt wird, wenn er eine rote Linie überschreitet. In erweiterten Abschreckungskontexten kann die Glaubwürdigkeit leiden, wenn der Verteidiger durch die Umsetzung einer Abschreckungsdrohung zum Schutz eines Drittstaates selbst enorme Kosten auf sich nehmen müsste. Würde Frankreich z.B. strategische Atomwaffen gegen Russland einsetzen, um die baltischen Staaten zu verteidigen, müsste es bereit sein, sich russischen strategischen Atomangriffen auszusetzen. Dies wirft Zweifel an der Glaubwürdigkeit französischer Abschreckungsdrohungen auf.
- 3 Ausführliche Analysen bieten (Hood 2025; Hayashi 2021).
- 4 Eine allgemeinverständliche Erklärung von „variable yield“-Technologien findet sich in (Bellows 2006).
- 5 Die Astraea (oder A21/Mk7) ist ein neuartiger Atomsprengkopf, den Großbritannien in den 2030er Jahren einsatzbereit haben will (West 2025).
- 6 Angesichts der relativen Stärke der westeuropäischen Volkswirtschaften könnte man argumentieren, dass Europa, wenn Russland sich die Aufrechterhaltung nuklearer und konventioneller Streitkräfte leisten kann, dies ebenfalls tun sollte. Es gibt jedoch einen Unterschied: Russland verfügt bereits über ein umfangreiches Atomwaffenprogramm. Europa müsste ein solches erst aufbauen, was erhebliche Vorlaufkosten mit sich bringen würde.



GREENPEACE